

EMILIA HRABOVEC

Die Tschechoslowakei und der Heilige Stuhl 1945–1948: Einige Aspekte eines schwierigen Verhältnisses

BEMÜHUNGEN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN EXILREGIERUNG
UM KONTAKTE MIT DEM HEILIGEN STUHL

Nach dem Zerfall der Tschecho-Slowakei 1939 hatte der Heilige Stuhl der neuen Situation Rechnung getragen, die am 14. März entstandene Slowakische Republik völkerrechtlich anerkannt und mit ihr reguläre diplomatische Beziehungen angeknüpft, die über das Kriegsende hinaus bis zum 30. Mai 1945 bestehen blieben. An diesem Tag erklärte der Sekretär für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten Domenico Tardini dem slowakischen Gesandten Karol Sidor, dass der Heilige Stuhl die Slowakische Republik als nicht mehr existent und die diplomatischen Beziehungen als erloschen betrachtete. Bemerkenswert war, dass er diese Vorgehensweise nicht mit der Wiedererrichtung der Tschechoslowakei, sondern mit der bedingungslosen Kapitulation der slowakischen Regierung in Kremsmünster begründete¹.

Das tschechoslowakische Exil in London bemühte sich seit 1940 um die Anknüpfung von Kontakten zum Heiligen Stuhl. Edvard Beneš war sich nur allzu deutlich der Vorteile bewusst, welche die Anerkennung durch den mit hohem internationalen Prestige ausgestatteten ältesten Souverän Europas für ihn in einer Situation gebracht hätte, in der ihn selbst die britischen Gastgeber lediglich als Haupt der provisorischen Exilregierung, nicht aber als Präsidenten der Tschechoslowakei anerkannten. Über den apostolischen Delegaten in London Msgr. William Godfrey bot Beneš im Jänner 1941 dem Heiligen Stuhl die Anknüpfung von zumindest inoffiziellen Kontakten an². Der Heilige Stuhl wies das Angebot diplomatisch, aber entschieden zurück. Er hielt die Zeit nicht für reif, um Entscheidungen für die Nachkriegszeit zu treffen, und Beneš für einen selbst ernannten Privatmann, der keine verfassungsrechtliche Kontinuität seines Präsidentenamtes

¹ Karol Sidor, *Šest' rokov pri Vatikáne* [Sechs Jahre beim Vatikan] (Scranton, Pa. 1947) 280f.

² Actes et documents du Saint Siège relatifs à la seconde guerre mondiale (ADSS) 1–11 (Città del Vaticano 1965–1981) 4, Nr. 244, 360.

und kein legitimes Mandat vorweisen konnte; dementsprechend wurde er einfach als „Herr Beneš“ tituliert³. Zwei Jahre später versuchte Beneš in einem zweiten Anlauf, die Anerkennung des Heiligen Stuhls zu gewinnen, nicht zuletzt um die durch die Annäherung an Stalin und das Zerwürfnis mit der polnischen Exilregierung im Westen angeschlagene Reputation seiner Regierung wieder zu verbessern, die Position der Regierung in Pressburg (Bratislava) weiter zu schwächen und die slowakischen Katholiken psychologisch zu erschüttern. Mit neuem Selbstbewusstsein, das seiner dank der Kriegsentwicklung konsolidierten Position entsprang, holte sein zweites Memorandum zu einer gezielten Drohgebärde aus, indem es als Konsequenz der Anerkennung der Slowakischen Republik durch den Heiligen Stuhl für die Zukunft schwere Probleme in den tschechoslowakisch-vatikanischen Beziehungen voraussagte. Dadurch gedachte Beneš, die Unterbrechung der Beziehungen zur Slowakei und die Anerkennung aller Änderungen in den gegenseitigen Beziehungen seit 1938 *ex tunc* als null und nichtig zu erzwingen. Das Staatssekretariat, das kurz zuvor die britische Regierung gewarnt hatte, „den Exilanten nicht zu sehr zu trauen“⁴, stellte es Godfrey zwar frei, zu „Herrn Beneš“ nach eigenem Ermessen vertrauliche Kontakte anzuknüpfen, betrachtete jedoch ansonsten die nach wie vor als illegitim angesehene Exilregierung nicht zuletzt wegen deren Naheverhältnis zu Moskau mit großem Misstrauen und ließ Ende 1943 auch in Washington durchblicken, dass es die zu erneuernde Tschechoslowakei bereits als einen sowjetischen Satelliten und Ursache für Besorgnisse der Polen ansah⁵. Godfrey, der den Heiligen Stuhl auch bei der polnischen Exilregierung repräsentierte, nahm bis März 1945 von jedem Initiativschritt gegenüber Beneš Abstand⁶.

Erst im Winter 1944/1945 hielt der Heilige Stuhl die Zeit für gekommen, um seine Position zu überdenken und mit der tschechoslowakischen Exilregierung erste – freilich bis zum Kriegsende und der völkerrechtlich wirksamen Änderung des Status quo in Zentraleuropa lediglich inoffizielle – Kontakte zu knüpfen. Auf die vorsichtigen Annäherungsversuche reagierte nun die Exilregierung dilatorisch und machte alle weiteren Gespräche von der sofortigen Ausweisung Sidors und der Unterbrechung der Beziehungen zu Pressburg abhängig, einer Vorbedingung, die im Vatikan während der Exis-

³ ADSS 4, Nr. 297, 425.

⁴ ADSS 7, Nr. 153, 281f.

⁵ ADSS 7, Nr. 505, 737f.

⁶ Zum Memorandum vom Mai 1943 siehe ADSS 7, Nr. 237, 408f; Nr. 344, 553f; Nr. 388, 612. Vgl. Edvard Beneš, Paměti. Od Mnichova k nové válce a k novému vítězství [Erinnerungen. Von München zum neuen Krieg und neuen Sieg] (Praha 1948) 494–504; Jaromír Machula, Vatikán a Československo (1938–1948). Paměti [Der Vatikan und die Tschechoslowakei (1938–1948). Memoiren] (Praha 1998) 65–70; 103.

tenz der Slowakischen Republik als inakzeptabel angesehen wurde. Exilmünisterpräsident Šrámek, katholischer Priester und Vorsitzender der tschechischen Volkspartei und bereits während des Krieges von angesehenen katholischen Persönlichkeiten in London für seine kühle Distanz zum Vatikan kritisiert⁷, übergab alle indirekten Einladungen zu einem Rombesuch mit beharrlichem Schweigen. Und als Msgr. Godfrey im März 1945 Beneš ein persönliches Gespräch anbot, bekam er von der Präsidentschaftskanzlei nicht einmal eine Antwort⁸. Das Interesse an den Beziehungen zum Vatikan, einst vom politischen Selbsterhaltungstrieb diktiert, schien in der Stunde des sicheren Sieges nicht mehr vordringlich und wich der neubelebten traditionellen antikatholischen Stimmung in den tschechischen liberal-sozialistischen Linksparteien und dem ideologischen Druck der Kommunisten, die seit der in Moskau verhandelten Regierungsumbildung im März 1945 in allen Bereichen des politischen Lebens einen Siegeszug feierten.

DIE WIEDERANKNÜPFUNG DER DIPLOMATISCHEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN PRAG UND DEM VATIKAN

Der Papst blickte mit großer Sorge in die Zukunft nach dem Krieg. Er teilte nicht die Illusion oder die politisch motivierte Überzeugung der Angloamerikaner über den geänderten Charakter und die Bündnisfähigkeit der kommunistischen Sowjetunion und über die Möglichkeit, sie als friedliches Mitglied in die Nachkriegsorganisation der Völkerfamilie zurückzuführen, sondern hielt den Kommunismus für genauso tyrannisch und gefährlich wie den Nationalsozialismus und prophezeite, dass der auf der „unnatürlichen Allianz“ aufgebaute Friede nur ein Friede aus Furcht und gegenseitiger Abschreckung sein werde⁹. Pius XII. war überzeugt, dass der militärische Vormarsch der siegreichen Roten Armee Osteuropa einer raschen Bolschewisierung aussetzen und mit Hilfe der Massen von in ihrer materiellen Existenz und ihrem geistigen Rückhalt entwurzelten Menschen die kommunistische Revolution auch in andere Teile Europas hineinragen werde. Im neuen Frieden vermisste er dann jene moralischen und politischen Grundsätze, die er als unabdingbare Voraussetzungen eines gerechten und dauerhaften Friedens definiert hatte, darunter den Respekt für die Menschenwürde und die gerechten Lebensinteressen aller Völker einschließlich der kleinen

⁷ Libuše Otáhalová, Milada Červinková (Hgg.), *Dokumenty z historie československé politiky 1939–1943* [Dokumente aus der Geschichte der tschechoslowakischen Politik] I (Praha 1966) Nr. 282, 339.

⁸ Machula, *Vatikán a Československo* 103f.

⁹ ADSS 7, 378f, Aufzeichnung von Domenico Tardini über ein Gespräch mit dem britischen Geschäftsträger Montgomery, 30. Mai 1943.

und der besiegten und den Verzicht auf Rache. Mit stiller Kritik an der Selbstherrlichkeit der Großmächte auf Kosten der kleineren osteuropäischen Länder vindizierte der Papst für die „mittleren und kleinen Nationen“ das Recht, „ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen zu können und nicht akzeptieren zu müssen, dass ihnen ein politisches und kulturelles System auferlegt wird, das die große Mehrheit ihrer Bevölkerungen entschieden ablehnt“¹⁰.

Für besonders tragisch hielt der Papst die Lage in Polen, dessen aus dem Lubliner Komitee hervorgegangene Regierung er für eine sowjetische Marionette hielt, die er nicht durch Anerkennung und Diplomataustausch zu unterstützen gedachte. Auch die Situation in Ungarn schien ihm für ein halbwegs freies und effektives Wirken eines päpstlichen Diplomaten keine Gewähr zu bieten, sodass nach der Ausweisung des Nuntius Rotta im Frühjahr 1945 kein Nachfolger mehr entsandt wurde¹¹. Lediglich für die wiedererstandene Tschechoslowakei, den westlichsten Ausläufer Ostmitteleuropas, glaubte er, noch eine – äußerst gedämpfte – Hoffnung auf eine Konsolidierung der Situation zu sehen. Während aus der Tschechoslowakei noch Nachrichten kamen, schien ein Großteil der übrigen östlichen Welt in einer schmerzlichen Stille zu versinken, aus der nicht einmal das wenige an Informationen durchsickerte, das noch unter der deutschen Besatzung zu vernehmen war.

Nicht zuletzt aus diesen Gründen lag dem Heiligen Stuhl sehr daran, rasch einen eigenen Diplomaten in die Tschechoslowakei entsenden zu können. Um den Weg nach Prag zu ebnen, ohne die eigene Vorgehensweise in den Jahren 1939 bis 1945 desavouieren zu müssen, wurde im Vatikan stillschweigend eine Argumentationslinie konstruiert, die es der Prager Regierung ermöglichen sollte, die Beziehungen des Heiligen Stuhls zur Slowakei dahingehend zu interpretieren, als habe der Heilige Stuhl die Slowakei lediglich als „Reststaat“ angesehen. In diesem Sinne wurde darauf hingewiesen, dass Nuntius Ritter, der nach seinem kurzen Aufenthalt in Pressburg im Frühsommer 1939 keine weitere Betrauung bekommen hatte, niemals aufgehört hätte, Nuntius von Prag zu sein, sodass die Wiederanknüpfung der Beziehungen ohne weitere Formalitäten durch die Entsendung Ritters nach Prag ohne neues *Agrément* erfolgen könnte. Das Prager Außenministerium akzeptierte die neue vatikanische Auffassung nicht und teilte der

¹⁰ Acta Apostolicae Sedis (AAS) XXXVII (1945) 159–168, Allokution anlässlich des Feiertages des Hl. Eugen (Namenstag des Papstes), 2. Juni 1945.

¹¹ Zur Lage in Polen und Ungarn vgl. Lapo Lombardi, *La Santa Sede e i cattolici dell'Europa orientale agli albori della guerra fredda* (Roma/Budapest 1997) insbesondere 38–60; 72–104; Hansjakob Stehle, *Geheimdiplomatie im Vatikan. Die Päpste und die Kommunisten* (Zürich 1993) 228–243.

vatikanischen Seite in einer offiziellen Note mit, dass die Beziehungen durch die Anerkennung der Slowakischen Republik, den Diplomataenaustausch mit Pressburg und durch die unzulängliche Beantwortung der beiden Memoranden des Präsidenten als abgebrochen betrachtet und daher neu aufgenommen werden müssten, wobei zusätzlich verlangt wurde, dass der Heilige Stuhl seine Anerkennung der Slowakischen Republik explizit widerrufe. Dementsprechend wurde Msgr. Raffaele Forni, der im Zuge einer vatikanischen Eigeninitiative im September 1945 nach Prag gekommen war, zuerst nicht als *Chargé d'affaires*, sondern lediglich als Beauftragter des Papstes ohne diplomatischen Charakter angesehen¹².

Prag wollte den Konflikt jedoch vorerst nicht auf die Spitze treiben: Vor der Regierung stand eine Reihe offener kirchenpolitischer Fragen, deren Lösung im Interesse der innen- wie außenpolitischen Stabilisierung des Staates von zentraler Bedeutung erschien, vor allem die Beseitigung der ausländischen Jurisdiktion und Anpassung der Diözesangrenzen an die Staatsgrenzen, sowie die Ablöse der politisch ungenehmen slowakischen und deutschen Bischöfe durch staatsstreue und dem neuen Regime loyale Würdenträger und die Besetzung der vakanten tschechischen Bischofsstühle. Auch die Kommunisten, die bereits damals das später offen proklamierte Programm ihrer antirömischen Politik in der Schublade bereit hatten, blieben vorläufig noch der vorsichtigen Volksfronttaktik verpflichtet und wünschten mit Rücksicht auf die Wählerschaft sowie die von Moskau vorerst angestrebte Schonung der Kriegsallianz noch keinen Bruch, wengleich sie in der vatikanischen Gesandtschaft, die noch dazu mitten in der politisch umkämpften italienischen Hauptstadt lag, mehr einen propagandistischen Außenposten als eine Schaltstelle der realen kirchenpolitischen Verhandlungen sahen, die sie von Anfang an durch dilatorische Behandlung ernsthaft erschwerten. So wurde Forni Ende 1945 unter der Bedingung, dass der Vatikan die Tatsache der Unterbrechung der Beziehungen akzeptieren werde, als *Chargé d'affaires ad interim* anerkannt und Franz Schwarzenberg im Jänner 1946 in derselben Funktion an den Vatikan entsandt.

DER BEGINN DER MISSION SCHWARZENBERG

Vor der Abreise wurde Schwarzenberg von Präsident Beneš und den Volksparteipolitikern und Regierungsmitgliedern Jan Šrámek und František Hála empfangen. Ohne zentrale kirchenpolitische Fragen wie Jurisdiktion oder Diözesanabgrenzung auch nur mit einem Wort zu erwäh-

¹² Schwarzenbergische Archive Murau, Nachlass Franz Schwarzenberg, Karton Vatikan, 4. politischer Bericht Schwarzenbergs an das Außenministerium, 14. März 1946; Machula, *Vatikán a Československo* 116–119.

nen, betonte Beneš vor allem die „bedingungslose“ Notwendigkeit, die Beseitigung der slowakischen Bischöfe Jan Vojtaššák und Michal Buzalka und die Auslieferung des ehemaligen slowakischen Gesandten Karol Sidor, dem nach dem 30. Mai 1945 bis zur Ausreise in ein sicheres Drittland Asyl in Vatikan gewährt worden war, zu verlangen¹³. Und Šrámek wiederum, überraschend für einen katholischen Priester, aber durchaus im Einklang mit der seit 1942 vorherrschenden Linie in der angloamerikanischen Politik, welche die Argumentation der propagandistisch zur Schau gestellten Versöhnung des Sowjetregimes mit der orthodoxen Kirche bzw. dem Gedanken der Religionsfreiheit übernahm, unterstrich, dass „der Vatikan nicht den Kommunismus mit dem russischen Staat verwechseln darf. Der hat sich in vieler Hinsicht schon sehr vom Marxismus entfernt“, was „auch am Verhältnis zur Orthodoxie sichtbar“ sei. Šrámek, unter dessen Führung ein maßgeblicher Teil seiner Tschechoslowakischen Volkspartei damals einen evidenten Linksruck erlebte und politische Inhalte vertrat, für welche die mit Hammer und Sichel geschmückten und mit Lobreden auf die Oktoberrevolution gefüllten Parteizeitschriften symptomatische äußere Symbole waren, bekannte Schwarzenberg gegenüber seine Sympathien zu den kommunistennahen italienischen Linkskatholiken und plädierte für die Kooperation mit der Sowjetunion: „Wenn der Vatikan mit Deutschland, das Katholiken verfolgte, diplomatische Beziehungen unterhalten konnte, so könnte er auch zu einem Verhältnis zu Russland finden“, und dies auch ohne auf der Entsendung eines päpstlichen Diplomaten zu bestehen, sei doch „in England und in Amerika auch kein Nuntius, und es geht trotzdem. Warum sollte es nicht mit Russland gehen?“ Um den Vatikan für diese Gedankengänge zugänglich zu machen, sollte Schwarzenberg auf die Rolle der Tschechoslowakei in der unionistischen Bewegung hinweisen, also von einer ideellen Waffe Gebrauch machen, derer sich damals, in entsprechend zurechtgebogener Form, vor allem die kommunistische Propaganda bemächtigte, um den Katholiken die Verbrüderung mit der Sowjetunion schmackhaft zu machen. Andererseits konnte der Politiker Šrámek die tiefe Kluft, die sich in den Jahrzehnten der divergierenden politischen Interessen und Gesinnungen zwischen Prag und Warschau bzw. den tschechischen und den konservativeren Katholiken in anderen Ländern aufgetan hatte, nicht verhehlen und adressierte an die polnischen und irischen Katholiken schwere – aus seiner Sicht nicht unbegründete – Vorwürfe, dass sie der Tschechoslowakei politisch sehr schaden würden. Auch die Distanz gegenüber den Slowaken wurde deutlich, als Šrámek den abfahrenden Diplomaten aufforderte, die Ausweisung Sidors zu fordern, da durch die Verlängerung des Aufenthaltes

¹³ Nachlass Franz Schwarzenberg, Karton Vatikan, USA, Aufzeichnung über das Gespräch mit dem Präsidenten Beneš, Jänner 1946.

des slowakischen Politikers im Vatikan „der ganze tschechische Katholizismus ernsthaft bedroht wird“¹⁴. Wesentlich realistischer war Postminister František Hála, der in Bezug auf die schwierige Situation der Katholiken in der Nationalen Front Schwarzenberg bat, dem Vatikan zu signalisieren, dass die Katholiken „eine Politik mit [den] Kommunisten machen müssen, da [diese] sonst auf die Straßen gehen würden“¹⁵.

Franz Schwarzenberg kam Ende Jänner 1946 nach Rom. Rasch bemerkte er, dass die Kurie und das nichtkommunistische Rom die Entwicklung in der Tschechoslowakei mit Sorge und Misstrauen beobachteten. In dieser Atmosphäre wurde die meiste Energie der Gesandtschaft dafür aufgewendet, die Tschechoslowakei als freien und demokratischen Staat zu präsentieren und für die in Prag gepflegte Illusion der Republik als „Brücke“ zwischen Ost und West Werbung zu machen. Die Mittel dafür waren eine emsige Kampagne, möglichst effektive Abblockung aller ungünstigen Nachrichten aus der Heimat und ein gezielter Kampf gegen alle Widersacher, insbesondere gegen die Repräsentanten der slowakischen Emigration und die Interessensvertreter der Sudetendeutschen. Franz Schwarzenberg, einem feinfühligem Juristen, praktizierenden Katholiken und Hocharistokraten, der in die höchsten römischen Kreise Zutritt hatte und dessen Vermögen in der Heimat durch Konfiskationen und Bodenreformgesetze ernsthaft bedroht war, fiel diese Rolle gewiss nicht leicht. Als Juristen wurde ihm der Widerspruch zwischen der These von der Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen und jener von der ununterbrochenen staatsrechtlichen Kontinuität der Tschechoslowakei sofort klar¹⁶. Und als katholisch gesinnter Politiker erkannte er, dass die übertrieben positiv dargestellte Situation in der Republik und die demonstrative Ergebnislosigkeit der Gedanken der Kooperation mit den Kommunisten, wie sie vor allem aus den Reihen der *koncentráčníci*, der aus den Konzentrationslagern zurückgekehrten tschechischen katholischen Priester, zu vernehmen war, in kurialen wie in politischen Kreisen in Rom auf offene Ablehnung stieß und aus der Sicht der tschechoslowakischen Interessen kontraproduktiv war¹⁷. Doch als glühender tschechischer Patriot und Bewunderer der Ersten Republik, für deren Wiedergeburt er jahrelang alle Kräfte eingesetzt hatte, und der in der Euphorie der unmittelbaren Nachkriegszeit ähnlich wie viele andere die Gefahr des Kommunismus unterschätzte, und zugleich als junger Diplomat,

¹⁴ Ebenda, Aufzeichnung über ein Gespräch mit Msgr. Jan Šrámek, Jänner 1946.

¹⁵ Ebenda, Aufzeichnung über ein Gespräch mit Minister František Hála, Jänner 1946.

¹⁶ Vgl. dazu auch seine Überlegungen in: Ebenda, 5. politischer Bericht an das Außenministerium, 26. März 1946.

¹⁷ Ebenda, Schreiben Schwarzenbergs an den Vorsteher der Kirchenabteilung im Außenministerium Edvard Jelen, 27. April 1947, 163–165.

dessen ganze viel versprechende professionelle Existenz von der politischen Entwicklung in der Tschechoslowakei abhing, versuchte er, teilweise wider besseres Wissen, den anderen wie sich selbst Mut zu machen und die Verhältnisse durch eine rosa Brille zu sehen¹⁸.

Doch bereits bei seiner Antrittsaudienz bei Domenico Tardini am 30. Jänner 1946 wurde er mit der Realität konfrontiert, dass die Kurie ernsthafte Zweifel ob der freien Zukunft seines Landes hegte. Tardini begrüßte ihn mit den diplomatisch formulierten Worten, dass ihm „die geographische Lage der Tschechoslowakei Sorgen bereitet“. Als Schwarzenberg gemäß seinen Weisungen versuchte, die Befürchtungen mit Hinweis auf die auch aus kirchlicher Sicht relevanten potenziellen Möglichkeiten der Tschechoslowakei als politische Brücke, als Erbin der kyrillomethodianischen Tradition und Zentrum des unionistischen Gedankens zu entkräften, antwortete ihm Tardini nüchtern, dass es „nötig sein wird abzuwarten, ob wir [die Tschechoslowakei] einen größeren Einfluss auf Russland ausüben werden oder Russland auf uns“. Und als sich der Prager Diplomat bemühte nachzuweisen, dass die Sowjetunion in die inneren Angelegenheiten seines Landes nicht eingreife, entwaffnete ihn sein für bissige Direktheit bekannter Gesprächspartner mit dem Gegenargument, dass in der Regierung doch kommunistische Minister säßen und „jeder Kommunist ein Vorkämpfer kommunistischer Ideologie“ sei¹⁹. Auch der Papst, der den Vertreter der Tschechoslowakei am 19. Februar 1946 in Privataudienz empfing, konnte seine Besorgnis über die Zukunft nicht verhehlen; noch deutlicher als gegenüber Schwarzenberg wurde er dann im August 1946 in der Erwiderung auf die Antrittsrede des neuen tschechoslowakischen Gesandten Artur Maixner, in der er in deutlicher Anspielung auf die kommunistische Gefahr und die politische Retribution die Völker der Tschechoslowakei ermahnte, in der „entscheidenden Stunde ihrer Geschichte“ die weise Vorsehungskraft, das moralische Gewissen und die Disziplin und Mäßigung walten zu lassen und sich der Tatsache bewusst zu sein, dass die Absicherung eines würdigen Friedens „trotz aller durch den Krieg verursachten Unstimmigkeiten mit den Prinzipien der rechtlichen und moralischen Ordnung verbunden sei, die durch alle Fähigkeiten und politischen Energien der Welt nicht ersetzt werden können“²⁰.

Die Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen erfuhr eine zusätzliche Komplikation, als Schwarzenberg Ende Februar 1946 das Staats-

¹⁸ Zu diesem Dilemma vgl. Vladimír Škutina, *Český šlechtic Karel Schwarzenberg [Der tschechische Adelige Karl Schwarzenberg]* (Praha 1990) 163–165.

¹⁹ Nachlass Franz Schwarzenberg, Karton Vatikan, I. politischer Bericht Schwarzenbergs an den Außenminister, 9. Februar 1946.

²⁰ AAS XXXVIII (1946) 323f.

sekretariat informierte, dass sein Land nicht bereit sei, dem Nuntius die Doyen-Würde zuzuerkennen, sondern diese dem sowjetischen Botschafter Zorin vorbehielt²¹. Die Entscheidung war auf sowjetischen Druck erfolgt, doch dürfte sie in einigen tschechischen Kreisen, in denen solche Überlegungen bereits in der Zwischenkriegszeit ventiliert worden waren, durchaus Verständnis gefunden haben. Unter diesen Umständen, die in der Kurie als Verletzung der traditionellen diplomatischen Gepflogenheiten und Grund für die Verweigerung der höchsten diplomatischen Vertretung (so auch 1940 in der Slowakei) angesehen wurden, sah sich der Papst genötigt, nach Prag lediglich einen Internuntius zu entsenden. Auch dies war eine entgegenkommende Geste, waren sich doch alle Beteiligten darüber im Klaren, dass es durchaus nicht nur eine Frage des Protokolls war, sondern ein harter Machtkampf in kleinen Schritten. Wenngleich Tardini dazu geraten hatte, die Selbstherrlichkeit Moskaus mit der Nominierung eines einfachen apostolischen Visitators ohne diplomatischen Charakter zu beantworten²², entschied der Papst, die bittere Pille der Demütigung seines Diplomaten, der vor 1939 in Prag bereits Nuntius und Doyen gewesen war, zu schlucken. Die Entscheidung wurde freilich als Provisorium aufgefasst, das die Ehrlichkeit der Prager politischen Absichten gegenüber der katholischen Kirche unter Beweis stellen und entweder in eine Normalisierung der Beziehungen im Sinne der Entsendung eines Nuntius münden oder zu ihrem Scheitern führen sollte. Am 13. März fragte Giovanni Battista Montini, als Substitut neben Domenico Tardini der engste Mitarbeiter des Papstes, bei Schwarzenberg offiziell nach, ob seine Regierung mit einer solchen Lösung einverstanden wäre²³. Prag ließ sich mit der Antwort mehrere Wochen Zeit: In der Tschechoslowakei war Wahlzeit ausgebrochen, und nicht nur die Kommunisten erblickten in der Diskreditierung der katholischen Kirche und des Heiligen Stuhls ein wirksames Mittel zur Diffamierung ihrer politischen Gegner. In Koordination mit der Moskauer „Pravda“ starteten vor allem kommunistische, aber auch andere linke Tageszeitungen eine Kampagne gegen den Papst, der beschuldigt wurde, den Nationalsozialismus unterstützt zu haben. Insbesondere in der Slowakei, wo es den Kommunisten nicht gelungen war, die Gründung einer ihnen nahe stehenden katholischen Partei in die Wege zu leiten, und wo das große Reservoir der katholischen Wählerschaft

²¹ Nachlass Franz Schwarzenberg, Karton Vatikan, 3. politischer Bericht Schwarzenbergs an das Außenministerium, 9. März 1946.

²² Ebenda, 5. politischer Bericht Schwarzenbergs an das Außenministerium, 26. März 1946.

²³ Ebenda, 4. politischer Bericht Schwarzenbergs an das Außenministerium, 14. März 1946.

aufgrund des „April-Abkommens“²⁴ nun der Sammelpartei der Demokraten zugute zu kommen drohte, wurde die Hetze bis zur „Entdeckung“ einer fingierten Staatsverschwörung gesteigert, an deren Spitze ein angeblicher „Spion des Vatikans“ Tomislav Kolakovič gestanden haben sollte, eine Beschuldigung, auf die nicht nur der vatikanische Pressedienst, sondern auch Tardini gegenüber Schwarzenberg mit einem sofortigen Dementi reagierte²⁵. Erst fünf Wochen nach der offiziellen Anfrage – Tardini sprach bereits unumwunden von einer „absichtlichen Verschleppung“²⁶ – kam aus Prag die Antwort, dass die Regierung mit der Entsendung Ritters als Internuntius einverstanden sei. Daraufhin wurde telegraphisch um sein Agrément angefragt, doch es vergingen zwei weitere Wochen, bis es erteilt wurde²⁷. Erst nach den Wahlen, am 11. Juni 1946, traf Ritter nach siebenjähriger Unterbrechung in Prag ein. Im Außenministerium im Palais Černín ließ man sich noch einige Wochen Zeit, ehe Mitte August 1946 auch der tschechoslowakische Gesandte Artur Maixner in Rom erschien und die Normalisierung der gegenseitigen diplomatischen Beziehungen abgeschlossen war.

DIE CAUSA SIDOR

Eine der vordringlichsten Aufgaben der tschechoslowakischen Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl bestand darin, die Ausweisung und Auslieferung des Gesandten Karol Sidor, der die Slowakei sechs Jahre lang beim Heiligen

²⁴ Das „April-Abkommen“ vom 31. März 1946 zwischen den politischen Vertretern der slowakischen Katholiken und der bis dahin praktisch ausschließlich evangelischen Demokratischen Partei regelte die Bedingungen der Zusammenarbeit im Rahmen der Partei. Sie ermöglichte die Mobilisierung der bislang ohne politische Vertretung gewesenen katholischen Stimmen und somit den Wahlsieg der bürgerlichen Sammelpartei der Demokraten. Vgl. dazu Cyril Žuffa, Emil Vontorčík (Hgg.), *Slovensko na križovatke európskych dejín po skončení II. svetovej vojny* [Die Slowakei auf dem Kreuzweg der europäischen Geschichte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges] (Bratislava 1997); Róbert Letz, *Slovensko v rokoch 1945–1948. Na ceste ku komunistickej totalite* [Die Slowakei in den Jahren 1945–1948. Auf dem Weg in die kommunistische Totalität] (Bratislava 1994) 29–35; Štefan Šutaj, *Občianske politické strany na Slovensku v rokoch 1944–1948* [Die bürgerlichen politischen Parteien in der Slowakei 1944–1948] (Bratislava 1999) 125–134.

²⁵ Nachlass Franz Schwarzenberg, Karton Vatikan, 5., 6. und 9. politischer Bericht Schwarzenbergs an das Außenministerium, 26. März, 3. April und 21. Mai 1946. Zur Entdeckung der „Staatsverschwörung“ im Frühjahr 1946 vgl. Letz, *Slovensko* 100f; Ivan A. Petranský, *Štát a katolícka cirkev na Slovensku 1945–1946* [Der Staat und die katholische Kirche in der Slowakei 1945–1946] (Bratislava 2001) 243–245.

²⁶ Nachlass Franz Schwarzenberg, Karton Vatikan, 6. politischer Bericht Schwarzenbergs an das Außenministerium, 3. April 1946.

²⁷ Nachlass Franz Schwarzenberg, Karton Vatikan, 7., 8. und 9. politischer Bericht Schwarzenbergs an das Außenministerium, 7. April, 4. Mai und 21. Mai 1946.

Stuhl vertreten hatte und seit Juni 1945 Asyl im Vatikan genoss, zu erreichen. Dieser Aufgabe wurde aus mehreren Gründen eine hohe Bedeutung beigemessen. Sidor wurde bereits von der Exilregierung in London wegen seiner politischen Aktivitäten als einer der gefährlichsten politischen Feinde betrachtet. Er genoss in Rom den Ruf, als *Persona non grata* der Deutschen aus der slowakischen Innenpolitik abgeschoben worden zu sein. Sein geschicktes, um politische Balance bemühtes und auch gegenüber Gegnern korrektes Verhalten, seine offensichtliche Dissidenz gegenüber Berlin und dessen Parteigängern im eigenen Land sowie seine Bemühungen, in Kooperation mit dem Staatssekretariat gegen die Radikalen in der slowakischen Regierung eine Mäßigung der antijüdischen Repressionen zu erreichen, trugen ihm auch unter den Diplomaten der Anti-Hitler-Koalition, speziell beim britischen Gesandten D'Arcy Osborne, Respekt und Achtung ein²⁸. Der traditionell polonophile Sidor nützte in Rom auch seine alten polnischen Verbindungen, insbesondere seine enge Freundschaft zu dem polnischen Gesandten beim Heiligen Stuhl, Kazimierz Papée, um politische Pläne für die Nachkriegszeit zu schmieden. Über Vermittlung Papées und dessen Kollegen in Bern, Lados, verhandelte Sidor in Juni 1943 gar mit dem polnischen Exilministerpräsidenten Władysław Sikorski über die Möglichkeit einer mitteleuropäischen Konföderation kleiner katholischer Völker, die als Barriere gegen das Vordringen des Kommunismus aus dem Osten und zugleich als indirekter Rettungsanker für die Zukunft der slowakischen Staatlichkeit dienen sollte. Sikorski, nach der ostentativen Annäherung Beneš' an Moskau von der tschechoslowakischen Exilregierung enttäuscht, dürfte die Sondierungen, die bis zu Gesprächen mit Kardinalstaatssekretär Maglione führten, mit Ernst verfolgt haben, während Beneš sie als einen doppelten slowakisch-polnischen Verrat beargwöhnte²⁹. Sidors Freund und Gesinnungsgenosse Peter Prídavok, der seit 1939 in London lebte und Vorsitzender des dortigen „Central European Federal Club“ war und mit dem Sidor im engen Briefkontakt stand, gründete Anfang 1944 den „Slowakischen Nationalrat in London“, ein Organ, das nach dem Kriege unter einem geringfügig geänderten Namen von Sidor selbst geführt werden sollte. Der Slowakische Nationalrat in London bestritt Beneš das Recht, die Slowaken

²⁸ In diesem Sinne äußerte sich D'Arcy Osborne auch gegenüber Schwarzenberg. Vgl. Nachlass Franz Schwarzenberg, Karton Vatikan, 4. politischer Bericht Schwarzenbergs an Außenminister Masaryk, 14. März 1946.

²⁹ Zu diesen politischen Aktivitäten Sidors vgl. Otáhalová, Červinková, Dokumenty Nr. 282, 338f; Nr. 292, 355; Sidor, Šest' rokov pri Vatikáne 259–261; František Vnuk, Slovenská národná rada v Londýne a v zahraničí (1943–1948) [Der Slowakische Nationalrat in London und im Ausland (1943–1948)], in: Štefan Polakovič, František Vnuk (Hgg.), Zahraničné akcie na záchranu a obnovenie slovenskej samostatnosti (1943–1948) (Lakewood/Hamilton 1988) 13; 20.

zu vertreten, prangerte dessen prosowjetische Politik an und versuchte, die Unterstützung der britischen politischen Kreise und der konservativen und katholischen öffentlichen Meinung für eine selbstständige bzw. im Rahmen einer ostmitteleuropäischen Konföderation auch nach dem Kriege weiterbestehende Slowakei zu gewinnen³⁰. Sidor selbst erwog seit 1943, im geeigneten Augenblick in die Slowakei zurückzukehren und gemeinsam mit einer neuen Garnitur der Volksparteipolitiker, die in Opposition zum Regierungskurs waren, bzw. auch mit anderen bürgerlichen Oppositionspolitikern in Pressburg eine neue Regierung zu bilden, die von den Alliierten als Partner anerkannt werden könnte³¹. Obgleich diese Pläne vor allem infolge der alliierten Absprachen über die Zukunft Europas scheiterten, wurde Sidor in Prag auch nach dem Krieg als einer der gefährlichsten Gegner eingestuft, der sich mit Erfolg an die Spitze der slowakischen politischen Emigration stellen könnte, da er politisch als kaum kompromittiert galt, über gute Verbindungen zu konservativen katholischen Kreisen Westeuropas und Amerikas verfügte, auf eine langjährige Mitgliedschaft im tschechoslowakischen Parlament als demokratische Legitimation verweisen konnte und darüber hinaus eine gewisse politische Kontinuität repräsentierte, weil er nicht als Emigrant ins Ausland gekommen war, sondern als Diplomat, der niemals seines Posten enthoben wurde und seine Behörde im Unterschied zu anderen Kollegen nicht an die tschechoslowakischen Organe übergeben hatte³². Schließlich hoffte die Prager Regierung, die Verweigerung des weiteren Aufenthaltsrechts durch den Vatikan könnte implizit auch Sidors vormaligen Diplomatenstatus bestreiten und die Regularität der gewesenen diplomatischen Beziehungen mit Pressburg anzweifeln. Wenngleich Sidor in der ersten Zeit nach Juni 1945 mit Rücksicht auf seine vatikanischen Asylgeber sowie seine noch in der Slowakei befindliche Familie zuerst eine weitgehende politische Abstinenz wahrte, wurde sein Wirken in Prag sehr ernst genommen und zum Teil wohl auch überschätzt und für viele Misserfolge der tschechoslowakischen Diplomatie verantwortlich gemacht.

Schwarzenberg brachte bereits bei seiner zweiten Audienz beim Substituten Montini am 9. Februar 1946 die Stellung Sidors zur Sprache, musste aber rasch feststellen, dass der ehemalige Diplomat sich wegen seines Verhaltens in der Kriegszeit in der Kurie im Allgemeinen und bei Msgr. Montini, dem späteren Papst Paul VI., im Besonderen einer großen Beliebtheit

³⁰ Vnuk, Slovenská národná rada v Londýne a v zahraničí 2–17; vgl. auch Catholic Herald, 11. Februar 1944.

³¹ Jozef Jablonický, K príprave a vzniku SNR v roku 1943 [Zur Vorbereitung und Entstehung des Slowakischen Nationalrates im Jahre 1943], in: Miroslav Pekník (Hg.), Slovenské národné rady (Bratislava 1998) 74–75.

³² Zum letzten Punkt vgl. Vnuk, Slovenská národná rada v Londýne a v zahraničí 36.

erfreute, die seine Ausweisung unwahrscheinlich machte. Montini empfahl seinem Gesprächspartner lediglich, wenn Prag die Entfernung Sidors aus dem Vatikan so sehr auf dem Herzen liege, so möge es doch seine Kontakte zu Washington einsetzen, um Sidor den Erhalt eines Einreisevisums in die Vereinigten Staaten zu erleichtern. Daraufhin regte Schwarzenberg im Außenministerium an, Sidor mit Hilfe amerikanischer Kontaktmänner in die Vereinigten Staaten ausreisen lassen, um von dort auf der Grundlage der bilateralen Extradiktionsübereinkunft seine Auslieferung an die Tschechoslowakei verlangen zu können³³. Einige Wochen später kam Schwarzenberg auf diese Idee zurück und ermahnte sein Ministerium, auf alle Fälle zu verhindern, dass Sidor nach dem Verlassen des vatikanischen Territoriums in Italien bleibe, da mit Italien kein Auslieferungsabkommen bestehe³⁴. Obwohl die tschechoslowakische Diplomatie mit allen Mitteln versuchte, die Ausweisung Sidors aus dem Vatikan zu erzwingen und mit Konsequenzen für die Kirche und die bilateralen Beziehungen drohte, und obwohl der sich verlängernde Aufenthalt Sidors für den Heiligen Stuhl mit der Zeit zu einer gewissen Last geworden war, konnte sie nichts ausrichten. Umso mehr, da sie keine Taten setzte, um die Befürchtungen des Heiligen Stuhls hinsichtlich der persönlichen Sicherheit Sidors zu zerstreuen, und sich auch weigerte, Sidors Familie legal ausreisen zu lassen. Als Sidor am 18. Oktober 1947 vom Nationalgericht in Pressburg *in contumaciam* zu einer zwanzigjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde, wurden alle Verhandlungen in seiner Sache definitiv gegenstandslos.

DIE FRAGE DER SLOWAKISCHEN BISCHÖFE

Zu den Grundprämissen der tschechoslowakischen Nachkriegspolitik gehörte die Beseitigung und Bestrafung aller mit dem vergangenen Regime verbundenen Persönlichkeiten. Unter einen besonderen Druck gerieten Repräsentanten des slowakischen Katholizismus, die den neuen Machthabern als politische und ideologische Feinde galten. Dieser Vorwurf traf auch slowakische Bischöfe, insbesondere jene, die bereits vor 1938 zu den Förderern der slowakischen autonomistischen Opposition gehört hatten und zwischen 1939 und 1945 in irgendeiner Form öffentlich tätig gewesen waren. Im Vordergrund der Aufmerksamkeit standen die Bischöfe Ján Vojtaššák und Michal Buzalka. Vojtaššák hatte wegen seiner beharrlichen Forderung nach der Rückgabe des vom Staat sequestrierten kirchlichen Eigentums

³³ Nachlass Franz Schwarzenberg, Karton Vatikan, 2. politischer Bericht Schwarzenbergs an Außenminister Masaryk, 21. Februar 1946.

³⁴ Ebenda, 6. politischer Bericht Schwarzenbergs an Außenminister Masaryk, 3. April 1946.

und seiner Gegnerschaft gegenüber konfessionellen Mischehen bereits während der Ersten Republik in den Prager Regierungskreisen und im liberalen Milieu den Ruf eines unangenehmen Würdenträgers genossen, der im kirchlichen Interesse zu keinem politischen oder ideologischen Kompromiss bereit war³⁵. Während die tschechischen bzw. tschechoslowakischen nichtkommunistischen Politiker Vojtaššák nach 1945 vor allem seine Vergangenheit, in erster Linie die Mitgliedschaft im Staatsrat der Slowakischen Republik und die bis zuletzt andauernde Ergebenheit gegenüber der slowakischen Staatlichkeit vorwarfen und in ihm nicht zuletzt ein Symbol des national selbstbewussten Slowakentums bekämpften, sahen die Kommunisten in ihm hauptsächlich einen aktuellen politischen Feind, der durch seinen entschiedenen und manifesten Antikommunismus, seinen beträchtlichen moralischen Einfluss und seine Beliebtheit bei den Gläubigen ihren politischen Zielen hinderlich sein könnte. Die erste Kampagne gegen ihn wurde entfesselt, nachdem er sich Anfang 1945 geweigert hatte, mit dem Delegierten des Slowakischen Nationalrates zu verhandeln und der proklamierten Verstaatlichung der katholischen Schulen zuzustimmen, die Aktivität des Slowakischen katholischen Ausschusses, einer kommunistischen Gründung zum Zwecke der Gewinnung von Anhängern in den Reihen der katholischen Priesterschaft, zu genehmigen und noch während des Bestehens der Regierung in Pressburg die erneuerte tschechoslowakische Staatlichkeit anzuerkennen. Vojtaššák wurde im Mai 1945 verhaftet und ohne Anklage ein halbes Jahr im Gefängnis festgehalten. Kurze Zeit später kam auch Michal Buzalka in Haft, ebenfalls ohne Anklage. Buzalka wurde angelastet, Feldvikar der slowakischen Armee gewesen zu sein; unausgesprochen blieb, dass der Einfluss des gebildeten, moralisch und dogmatisch standfesten Würdenträgers und überzeugten Anhängers der slowakischen Eigenstaatlichkeit unter den Intellektuellen der Hauptstadt, in der er als Weihbischof residierte, untergraben werden sollte. Bezeichnend für die kommunistische Politik der gezielten inneren Zersetzung der Kirche war die Tatsache, dass an der Vorbereitung und Durchführung des Planes zur Beseitigung der Bischöfe ein in Konflikt mit seinen kirchlichen Vorgesetzten geratener Priester, der später an der kommunistisch inspirierten Friedenspriesterbewegung beteiligte und exkommunizierte Jozef Straka, damals Sekretär des kommunistischen Beauftragten für Unterricht Novomeský, entscheidend beteiligt wurde³⁶.

³⁵ Archiv Ministerstva zahraničních věcí České republiky [Archiv des Außenministeriums der Tschechischen Republik, Prag] (AMZV) II/3, Karton 42.

³⁶ Zu Vojtaššák und Buzalka vgl. Petranský, *Štát a katolícka cirkev na Slovensku 218–227*; František Vnuk (Hg.), *Dokumenty o postavení katolíckej cirkvi na Slovensku v rokoch 1945–1948* [Dokumente über die Lage der katholischen Kirche in der Slowakei in den Jahren 1945–1948] (Martin 1998) 42–51; Viktor Trstenský, *Sila viery, sila pravdy. Život*

Bereits im ersten Aide-Mémoire, das die tschechoslowakische Regierung dem neu angekommenen vatikanischen Diplomaten Raffaele Forni am 8. Oktober 1945 übergab, wurde der Heilige Stuhl aufgefordert, die Bischöfe Vojtaššák und Buzalka sowie den Bischof von Neusohl (Banská Bystrica), Andrej Škrábik, und den Weihbischof von Neutra (Nitra), Eduard Nécsey, abzusetzen und zu prüfen, ob den anderen Bischöfen nicht ein *coadiutor cum iure successionis* beigelegt werden sollte. Die Forderung erhielt einen zusätzlichen politischen Impuls, nachdem die slowakischen Bischöfe am 8. Jänner 1946 ein Memorandum an den Slowakischen Nationalrat gerichtet hatten, in dem sie für den kurz zuvor nach Pressburg überstellten ehemaligen Präsidenten der Slowakischen Republik, Jozef Tiso, eintraten, seine guten Absichten im Interesse der Rettung des slowakischen Volkes und seine Bemühungen, ein größeres Übel zu verhindern, betonten und die Staatsorgane ermahnten, die Grenzen der Gerechtigkeit nicht zu überschreiten. Die Slowakische Nationalfront beschloss daraufhin, vom Heiligen Stuhl die Suspendierung aller Bischöfe zu fordern, welche die Zuschrift unterzeichnet hatten³⁷.

Nach Ankunft Schwarzenbergs in Rom wurde die Weiterführung der Verhandlungen der Gesandtschaft beim Vatikan anvertraut, freilich ebenfalls ohne Erfolg. In der katholischen Kirche können Würdenträger nur dann ihres Amtes entledigt bzw. zur Resignation genötigt werden, wenn gegen sie kanonische Gründe vorliegen, d.h. eine schwere Verfehlung in Fragen der Lehre und Disziplin oder ein unüberwindbares *odium plebis*³⁸, was im Falle der slowakischen Bischöfe keineswegs zutraf. Pauschale politische Anschuldigungen der Kollaboration mit Faschismus oder Nationalsozialismus wurden im Vatikan mit großer Reserve behandelt, war man doch wiederholt Zeuge eines rücksichtslosen politischen Missbrauchs und periodisch selbst Opfer ähnlicher von Moskau aus gesteuerter Kampagnen. Bereits im Februar 1945 äußerte Pius XII. gegenüber dem amerikanischen

a dielo najdôstojnejšieho otca biskupa Jána Vojtaššáka mučeníka cirkvi a národa [Die Kraft des Glaubens, die Kraft der Wahrheit. Das Leben und das Werk des hochwürdigsten Vaters Bischof Ján Vojtaššák, Märtyrers der Kirche und der Nation] (Bratislava 1990) 215–229; Róbert Letz, Biskup Michal Buzalka a politický život [Bischof Michal Buzalka und das politische Leben], in: Róbert Letz, Ivan A. Petranský (Hgg.), Biskup Michal Buzalka (Bratislava 2002) 102–104; Jan Pešek, „Vlastizradný biskup“ Ján Vojtaššák. Šesť rokov pokusov o vyradenie z verejného Ďivota (1945–1951) [Der „hochverräterische Bischof“ Ján Vojtaššák. Sechs Jahre der Bemühungen um seine Ausschaltung aus dem öffentlichen Leben (1945–1951)], in: Soudobé dejiny 4 (1997) 510–520.

³⁷ Vnuk, Dokumenty VI/2 und VI/3, 110–112; Marta Vartíková, Od Košíc po Február [Von Kaschau bis Februar] (Bratislava 1968) 73. Zum Aide-Mémoire vom 8. Oktober 1945 vgl. Petranský, Štát a katolícka cirkev na Slovensku 282f; Karel Kaplan (Hg.), Dva retribuční procesy. Komentované dokumenty [Zwei Retributionsprozesse. Kommentierte Dokumente] (Praha 1992) 16.

³⁸ Canon 312 im damals geltenden Codex Iuris Canonici 1917.

Präsidenten Roosevelt seine Beunruhigung ob solcher Angriffe gegen seine Person und andere katholische Würdenträger. Der apostolische Delegat in Washington Amleto Cicognani erklärte dem Unterstaatssekretär Grew besorgt, dass „in der Terminologie der sowjetischen Regierung die Bezeichnung Nazist oder Faschist mit allen Effekten, die sie bringt, auf all jene angewandt zu werden scheint, welche die sowjetischen Theorien nicht teilen und ihre Methoden nicht gutheißen. Das führt zu absurden und willkürlichen Anschuldigungen; die sowjetische Propaganda ist gar davor nicht zurückgeschrocken, den Heiligen Vater als Nationalsozialisten zu bezeichnen.“ Auf diese Art und Weise würden katholische Bischöfe, Priester und Gläubige „des Nationalsozialismus angeklagt und verfolgt, nur weil sie Katholiken sind“³⁹. In diesem Sinne wurde auch Schwarzenberg gegenüber die unmissverständlich klare Position des Papstes zu erkennen gegeben. Msgr. Tardini brachte sie zum Ausdruck, als er Schwarzenberg mitteilte, dass „der Heilige Stuhl es nicht zulassen werde, dass man nach den Bischöfen greift“⁴⁰.

Der Ruf nach der Beseitigung der Bischöfe war damit nicht verstummt. Er ertönte mit neuer Intensität nach den Wahlen im Mai 1946, die in der Slowakei mit einem deutlichen Wahlsieg der Demokratischen Partei ausgegangen waren. Die enttäuschten Kommunisten machten für ihre Wahlniederlage, aus ihrer Sicht nicht ganz zu Unrecht, auch den Einfluss der Bischöfe verantwortlich. Die Kommunistische Partei und die von ihr beherrschten Ressorts begannen daraufhin, Material zu sammeln, das nicht nur die Zusammenarbeit der Bischöfe mit dem vorigen Regime, sondern vor allem ihre feindliche Einstellung gegenüber der „Volksdemokratie“ und Unterstützung verschiedener staatsfeindlicher Verschwörungen beweisen und sie dadurch vor der Öffentlichkeit diskreditieren und ihre strafrechtliche Verfolgung und kirchliche Absetzung erleichtern sollte. Der Staatssekretär für Äußeres Vlado Clementis und Unterrichtsminister Zdeněk Fierlinger konfrontierten den im Juni eingereisten Internuntius Ritter sofort mit der Forderung nach der „Säuberung des Episkopates“, der sofortigen Suspendierung Vojtaššáks, der nachfolgenden Absetzung Buzalkas, Škrábiks und Nécseys und Einsetzung von politisch zuverlässigen Koadjutoren bei weiteren Bischöfen⁴¹. Im Vatikan gab es zwar einige nicht einflusslose Persönlich-

³⁹ ADSS 11, Nr. 520, 715f, Cicognani an Tardini, 16. März 1945. Vgl. Ennio Di Nolfo (Hg.), *Vaticano e Stati Uniti 1939–1952. Documenti di Myron Taylor* (Milano 1978) Nr. 920, 420.

⁴⁰ Nachlass Franz Schwarzenberg, Karton Vatikan, 6. politischer Bericht Schwarzenbergs an das Außenministerium, 3. April 1946.

⁴¹ Petranský, *Štát a katolícka cirkev na Slovensku* 275; Kaplan, *Dva retribuční procesy* 16f.

keiten insbesondere aus dem Umkreis des ehemaligen Nuntius in Prag, Pietro Ciriaci, der einst die Wogen nach dem Konflikt um die Hus-Feier geglättet und den „Modus Vivendi“ ausgehandelt hatte, die der Meinung waren, dass eine etwaige Resignation Vojtaššáks die weiteren Verhandlungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Prag bzw. der Kirche und dem Staat erleichtern könnte⁴², doch der Papst lehnte jeden kanonisch unbegründeten und lediglich auf politischen Druck zurückgehenden Eingriff gegen kirchliche Würdenträger entschieden ab, und das kirchliche Amt der Bischöfe Vojtaššák, Buzalka und Gojdič wurde auch nach deren Verurteilung im kommunistischen Schauprozess 1951 kirchlich nicht angetastet.

DER HEILIGE STUHL, DAS TSCHECHISCH-SLOWAKISCHE VERHÄLTNIS UND DER PROZESS GEGEN JOZEF TIŠO

Die Situation der katholischen Kirche wies im östlichen und im westlichen Teil der wieder erneuerten Republik deutliche Unterschiede auf. Dank der historischen Verbundenheit mit den slowakischen nationalpolitischen Aktivitäten, der Loyalität zur slowakischen Staatlichkeit und der vorteilhaften Lage, welche die katholische Kirche in deren Rahmen genossen hatte, wurde der slowakische Katholizismus vom „volksdemokratischen“ Regime mit einer doppelten Feindschaft betrachtet: der politisch-nationalen, die ihn als Verräter der tschechoslowakischen Staatlichkeit abstempelte, und der ideologischen, die in der starken, romtreuen, strikt antikommunistischen und in der breiten Volksreligiosität verankerten Kirche einen Gegner erblickte, der sowohl einer Rückkehr zu liberal-sozialistischen Wertvorstellungen der Ersten Republik als auch den neuen kommunistischen Umgestaltungsversuchen im Wege stand. Es war kein Zufall, dass gleich die ersten legislativen Schritte der neuen Staatsorgane den Katholizismus einer Reihe von repressiven Maßnahmen aussetzten, die von der Schließung aller katholischen Schulen und Vereine, Einstellung der katholischen Presse über die politische Überprüfung des Klerus, dem selbst die Ausübung der priesterlichen Tätigkeit verboten werden konnte, bis hin zu Verhaftungen von Priestern und Bischöfen reichten. Verbunden mit dem weitgehenden Ausschluss der katholischen Wählerschaft vom politischen Leben und der offensichtlichen Bemühung, trotz der verbal beteuerten Religionsfreiheit jede öffentliche Verteidigung kirchlicher Interessen abzuwürgen, stärkten die Maßnahmen in den slowakischen Katholiken das Gefühl der psychologischen Niederlage und der existentiellen Bedrohung, die der keineswegs antitschechoslowakisch gesinnte Erzbischof Karol Kmečko mit den Worten

⁴² Nachlass Franz Schwarzenberg, Karton Vatikan, Aufzeichnung über zwei Gespräche Schwarzenbergs mit dem Nuntius Pietro Ciriaci von Dezember 1946.

ausdrückte: „Dies ist noch nicht die Hölle, es dürfte aber schon das Fegefeuer sein.“⁴³

Diametral entgegengesetzt fiel die Selbstreflexion des tschechischen Katholizismus aus, der nach der sechsjährigen Zeit nationalsozialistischer Kirchenverfolgung und nationaler Erniedrigung die Wiederherstellung der Republik als Erfüllung der nationalen und der religiösen Freiheit empfand, das volksdemokratische Programm als den Weg zu einer gerechten Welt idealisierte, in den Kommunisten eher die Waffenbrüder von gestern als die Gegner von morgen sah und lange die Gefahr der herannahenden neuen Diktatur unterschätzte. Dies fiel ihm umso leichter, da er dank der geistigen Verbundenheit mit der Ersten Republik und der traditionell „liberalen“ Neigung von den linksbürgerlichen tschechischen Parteien als Partner sofort akzeptiert wurde und die Kommunisten in ihm dank seiner inneren Schwächung infolge der starken Säkularisierung und Austrittsbewegung in den zwanziger Jahren und des Auftretens der nach 1945 im Wesentlichen links geprägten Volkspartei einen im Vergleich zum slowakischen Pendant weit weniger gefährlichen Gegner erblickten, den man aus taktischen Gründen vorerst gewähren ließ und von Repressionen verschonte.

In Fortsetzung der strikten Neutralität der Kriegszeit und mit Rücksicht auf die schwierige Situation in der Tschechoslowakei hütete sich der Papst davor, in irgendeiner Weise, sei es auch nur durch Ratschläge an Bischöfe und katholische Politiker, außerhalb der eigentlichen kirchenpolitischen Angelegenheiten auf die Entwicklung der inneren Lage der Republik Einfluss zu nehmen. Dennoch verzichtete er nicht darauf, die moralische Dimension einiger aktueller Fragen anzusprechen. Dazu zählte er auch die Frage des tschechisch-slowakischen Verhältnisses. Bereits während der ersten Audienz der Vertreter der tschechischen Gemeinde in Rom anlässlich des Wenzelsfeiertages im September 1944 wies er auf die aus seiner Sicht vor allem moralische Notwendigkeit hin, nach der Erneuerung der Tschechoslowakei das Verhältnis der beiden Völker auf der Grundlage der Gerechtigkeit zu regeln⁴⁴. Gleich bei der Antrittsaudienz Schwarzenbergs im Staatssekretariat brachte der über die innenpolitische Lage der Tschechoslowakei und den Ausschluss der slowakischen Katholiken von öffentlichen Angelegenheiten unterrichtete Sekretär für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten Tardini die Lage in der Slowakei zur Sprache und meinte, dass eine Annäherung der beiden Nationen unmöglich sein werde, solange

⁴³ Äußerung Kmečkos während seiner Zeugenaussage im Prozess gegen den ehemaligen Staatspräsidenten der Slowakei Jozef Tiso am 6. Jänner 1947, abgedruckt in: Konštantín Čulen, *Po Svätoplukovi druhá naša hlava (Život Dr. Jozefa Tisu)* [Nach Svätopluk unser zweites Oberhaupt (Das Leben von Dr. Jozef Tiso)] (Middletown 1947) 377.

⁴⁴ Machula, *Vatikán a Československo* 78.

in der Slowakei „die Evangelischen und die Kommunisten die Vorherrschaft haben, was wohl kaum der wirklichen Zusammensetzung des Volkes entspricht, das in seiner Mehrheit katholisch ist“⁴⁵. Am 20. Februar 1946, beim Abschluss des Konsistoriums, in dem nach mehrjähriger Unterbrechung neue Kardinäle proklamiert worden waren, hielt der Papst eine Ansprache, in der er unter anderem den staatlichen Totalitarismus geißelte und unter seinen Folgen auch eine Politik des materiellen und juridischen Zwanges, dem verschiedene Gruppen ausgesetzt seien, erwähnte. Indirekt bezog er sich dabei vor allem auf die Politik der Restriktionen, mit denen die katholische Presse und das katholische Schulwesen in verschiedenen Ländern Ostmitteleuropas, darunter auch in der Slowakei, behindert wurden⁴⁶.

Eine Annäherung der slowakischen und tschechischen Katholiken sowie der ihre Interessen repräsentierenden politischen Parteien hielt man im Vatikan nicht zuletzt im Hinblick auf die gemeinsame Bedrohung durch den Kommunismus für äußerst wünschenswert. Bei diversen Gelegenheiten, zum Beispiel beim Besuch des Generalvikars der apostolischen Administration Tyrnau (Trnava) Ambróz Lazík im Februar 1947 in Rom, wurden die Katholiken beider Nationalitäten ermuntert, zu einer Zusammenarbeit zu finden⁴⁷. Doch es erwies sich als schwierig, jahrelang gewachsene psychologische Barrieren, unterschiedliche historische Erinnerungen und Staatsauffassungen – hier ein bedingungsloses Bekenntnis zur unitaristisch-tschechoslowakischen Staatsidee und eine idealisierte Vorstellung über die Kooperation mit den Linksparteien innerhalb der Nationalen Front, dort die Verteidigung der slowakischen Autonomie und ein entschiedener Antikommunismus – und die durch die unterschiedliche Behandlung nach 1945 deutlich divergierenden aktuellen Positionen im Verhältnis zum Staat sowie im Falle der Parteien auch unterschiedliche politische Profile zu überwinden. Das zeigte sich bereits bei der ersten gemeinsamen Bischofskonferenz in Olmütz (Olomouc) im November 1945. Ein von ihr ausgearbeitetes Memorandum an die Regierung thematisierte in erster Linie die für die tschechische Kirche aktuellen Probleme, wie die drohende Enteignung des kirchlichen Vermögens infolge der Anwendung der Konfiskationsdekrete gegen deutsches Eigentum auf kirchliche Güter, während zentrale Probleme der slowakischen Kirche, vor allem die Verhaftungen von Priestern und Bischöfen, Verstaatlichung der Schulen und Auflösung aller kirchlichen Organisatio-

⁴⁵ Nachlass Franz Schwarzenberg, Karton Vatikan, 1. politischer Bericht Schwarzenbergs an Außenminister Masaryk, 9. Februar 1946.

⁴⁶ Pio XII, *Discorsi per la Comunità internazionale (1939–1956)* (Roma 1957) 182f.

⁴⁷ Nachlass Franz Schwarzenberg, Karton Vatikan, 28. politischer Bericht an das Außenministerium, 3. Juni 1947. Vgl. das Interview Lazíks in: *Svobodné noviny*, 18. März 1947.

nen, nur am Rande oder überhaupt nicht behandelt wurden⁴⁸. Noch tiefer waren die Gräben in der katholischen Politik: Msgr. Jan Šrámek, Vorsitzender der tschechischen Volkspartei, beantwortete die Fühlungen der slowakischen Politiker, die das große Potenzial ihrer katholischen Wählerschaft in Anbetracht der drohenden kommunistischen Gefahr mit dem tschechischen katholischen politischen Reservoir in einer Koalition bündeln wollten, mit dem brüsk ablehnenden Wort, er werde „das Banner der tschechischen Katholiken nicht mit slowakischen Katholiken beschmutzen“⁴⁹. Die Distanz zwischen den Katholiken diesseits und jenseits der March zeigte sich auch am Falle Jozef Tiso.

Die Unzugänglichkeit der relevanten vatikanischen Quellen erlaubt es vorerst nicht, über das Verhältnis des Heiligen Stuhls zu Jozef Tiso weitreichende Aussagen zu machen. Fest scheint lediglich zu stehen, dass das Verhältnis des Papstes sowie seines außenpolitischen Exekutoren Tardini zu Tiso während dessen Präsidentschaftszeit davon überschattet wurde, dass die Kurie es nicht ohne Besorgnis sah, wenn ein Priester in politisch diffizilen Zeiten das höchste Amt im Staate übernahm⁵⁰. Politische Entwicklun-

⁴⁸ Emilia Hrabovec, *Vertreibung und Abschub. Deutsche in Mähren 1945–1947* (Frankfurt am Main 21996) 356. Vgl. das Zeugnis eines Zeitgenossen: Jozef Staško, *Katolíci a „Aprilová dohoda“* [Die Katholiken und das „Aprilabkommen“], in: *Most* 23 (1976) 127.

⁴⁹ Václav Vaško, Neumlčená. *Kronika katolíckej cirkve v Československu po druhej svetovej válce* [Die nicht zum Schweigen Gebrachte. Eine Chronik der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg] 1 (Praha 1990) 173. Vgl. Anton Hlinka, *Sila slabých, slabosť silných* [Die Stärke der Schwachen, die Schwäche der Starken] (Zagreb 1989) 24.

⁵⁰ Der päpstliche Diplomat Raffaele Forni, der Mitte April 1939 in die Slowakei reiste, um den Kardinalstaatssekretär Maglione über die Lage im Land zu informieren, kam zur Überzeugung, dass Tiso „von den besten Absichten beseelt sei. Möglicherweise wird er das Land retten können, aber wenn er verliert, wie es Schuschnigg und Hácha ergangen ist, würde der Misserfolg leider im selben Maße auf die Religion zurückschlagen, in dem der Katholizismus in der Slowakei verwurzelt ist“. Forni meinte, „ein geschickt ins Werk gesetzter Amtsverzicht Tisos – ohne dass er die Slowakei verlasse – könnte die beste Vorbeugungsmaßnahme sein, scheint aber heute noch verfrüht, auch deswegen, weil es niemanden gibt, der tatsächlich fähig wäre, ihn zu ersetzen, wenn man nicht den fanatischen Nazisten in die Hände fallen wird“. Raffaele Forni an Kardinal Maglione, 14. April 1939, in: Walter Brandmüller, *Holocaust in der Slowakei und katholische Kirche* (Neustadt an der Aisch 2003) 128. Vgl. auch die Aufzeichnungen des Bischofs Buzalka über ein diesbezügliches Gespräch mit Pius XII. am 8. September 1939, zitiert von: Róbert Letz, *Biskup Michal Buzalka a politický život* [Bischof Michal Buzalka und das politische Leben], in: Róbert Letz, Ivan A. Petranský (Hgg.), *Biskup Michal Buzalka. Zborník príspevkov z vedeckej konferencie pri príležitosti 40. výročia úmrtia* (Bratislava 2002) 94. Zur Problematik der Beteiligung der Priester am politischen Leben der Slowakei vgl. auch Emilia Hrabovec, *Die katholische Kirche in der Slowakei 1939–1945* in: Lieve Gevers, Jan Bank (Hgg.), *Religion in Europe during the Second World War* (Leuven, im Druck).

gen wie die auf deutschen Druck erfolgte Teilnahme am Polenfeldzug und vor allem die von Berlin geforderten antijüdischen Maßnahmen – trotz der im Vatikan durchaus bekannten schwierigen Situation der kleinen Slowakei mit ihrem knappen, später überhaupt nicht vorhandenen außenpolitischen Spielraum – vergrößerten die Distanz des Heiligen Stuhls zur slowakischen Regierung und zum Präsidenten noch weiter⁵¹.

Im Unterschied etwa zum kroatischen Erzbischof Stepinac, der im Herbst 1946 als erster katholischer Würdenträger im nichtsovietischen Osteuropa vor Gericht gestellt und verurteilt wurde und zu dessen Gunsten der Papst nicht nur öffentlich seine Stimme erhob, sondern auch offiziell Entlastungsmaterial vorlegte⁵², wahrte der Heilige Stuhl in der Causa Tiso wegen dessen staatlicher Funktion eine von strikter Neutralität diktierte Zurückhaltung. Dennoch wurde auf vertraulichem Wege interveniert, freilich nicht für den ehemaligen Präsidenten, sondern für den Priester Tiso. Bezeichnend war, dass hierzu zuerst nicht der nahe liegende Weg über den päpstlichen Vertreter in Prag gewählt, sondern – unter Umgehung des für brisante Angelegenheiten wohl zu wenig erfahrenen und allzu sehr mit seiner Prager Umgebung zusammengewachsenen Raffaele Forni – der apostolische Delegat in Washington Amleto Cicognani mit der delikaten Sache beauftragt wurde. Eine gewisse Rolle spielte dabei wohl auch die Tatsache, dass eine Reihe amerikanischer Bischöfe sich zugunsten Tisos engagiert und im State Departement, im Kongress sowie im Vatikan interveniert hatte, sowie die taktische Überlegung, nicht direkt die Prager Regierung anzusprechen, zumal die gegenseitigen diplomatischen Beziehungen damals noch nicht endgültig geregelt waren. Am 18. Dezember 1945 besuchte Cicognani den tschechoslowakischen Botschafter in Washington Vladimír Hurban und teilte ihm mit, dass er im Auftrag des Papstes gekommen sei und in dessen Namen bitte, dass Jozef Tiso nicht im Gefängnis, sondern in einem Kloster konfiniert werde und dass ihm während des bevorstehenden Gerichtsverfahrens, auf dessen Verlauf der Papst keinerlei Einfluss auszuüben gedenke, als Priester die entsprechenden Rücksichten („due regards“) gewährt würden⁵³. Mit der Angelegenheit beschäftigte sich das Regierungspräsidium, das in seiner Sitzung am 4. Jänner 1946 die Bitte des Papstes zurückwies. Ministerpräsident Fierlinger berichtete dabei, dass auch Präsident Beneš eine ablehnende Haltung eingenommen habe mit der Begrün-

⁵¹ ADSS 4, Nr. 212 und 215, 316f; ADSS 5, Nr. 213, 273f; Nr. 146, 301f; Brandmüller, Holocaust in der Slowakei und katholische Kirche 55–104.

⁵² Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik, Wien (ÖStA/AdR), AA, II-pol.1946/47, Karton 24, der österreichische Presse-Attaché in Rom Buresch an das Bundeskanzleramt, 10. Oktober 1946.

⁵³ Kaplan, Dva retribuční procesy Nr. 14, 132f.

dung, „zugunsten von hingerichteten Partisanen“ habe der Vatikan auch nicht interveniert. In der Sitzung wurde außerdem beschlossen, Namen von slowakischen Bischöfen und Priestern, die im Vatikan zugunsten Tisos interveniert hätten, in Erfahrung zu bringen, um gegen sie entsprechende Schritte zu unternehmen⁵⁴.

Im Februar 1947, nach Rückkehr von seiner ersten Reise nach Rom erklärte der neu ernannte Prager Erzbischof Josef Beran, ein ehemaliger Häftling im Konzentrationslager Dachau, der Heilige Stuhl habe kein Interesse an Tiso und werde in seinem Falle nicht intervenieren⁵⁵. Diese öffentliche Aussage zum Zeitpunkt, als der Prozess gegen Tiso in die entscheidende Phase eintrat, war für die gespannte Atmosphäre im Verhältnis der tschechischen und der slowakischen Katholiken bezeichnend, meritorisch aber nicht zutreffend. Am 21. März 1947 hatte Valerij Vilinský, politischer Referent des Verkehrsministers Ivan Pietor (slowakische Demokratische Partei), einen Gesprächstermin in der Präsidentschaftskanzlei. Der über gute Verbindungen zu slowakischen Katholiken verfügende und ausgezeichnet informierte, wenngleich etwas undurchsichtige Vilinský teilte dabei dem Referenten Škarvan mit, dass die Information des Erzbischofs Beran über das Desinteresse des Vatikans am Schicksal Tisos „nicht ganz genau war“, da sie nicht den Standpunkt des Papstes, sondern lediglich jenen seiner Umgebung wiedergegeben habe, und dass es doch zu einer Intervention der Nuntiatur beim Präsidenten Beneš kommen werde⁵⁶. Auch andere Quellen aus dieser Zeit erwähnten Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Papst und seiner Umgebung, worunter wohl Domenico Tardini und einige Kardinäle aus den Kongregationen zu verstehen sind. Ein hochrangiger österreichischer Diplomat berichtete sogar nach Wien, dass der Papst sich ansichke, delikate diplomatische Aufgaben und die Informationsbeschaffung über unabhängige Kanäle in die Wege zu leiten, da er befürchtete, dass die offiziellen vatikanischen Diplomaten „zu sehr an die Auffassungen der Regierungen gebunden erscheinen, bei denen sie beglaubigt sind“⁵⁷.

Die Information Vilinskýs erwies sich als richtig: Am 16. April, also bereits nach der Verurteilung Tisos zum Tode, aber noch vor dem Vollzug des Urteils, sprach Forni beim Beneš vor und bat ihn im Namen des Papstes, Gnade zu gewähren⁵⁸. Die Bitte des Papstes wurde genauso wenig erhört

⁵⁴ Ebenda Nr. 15, 134f.

⁵⁵ Jan Rychlík (Hg.), *Z neznámých pamětí Jána Ursínyho*. (Spomienky na proces s Dr. Jozefom Tisom) [Aus den unbekanntenen Memoiren Ján Ursínys. (Erinnerungen an den Prozess mit Dr. Jozef Tiso)], in: *Historický časopis* 40 (1992) 242.

⁵⁶ Kaplan, *Dva retribuční procesy* Nr. 31, 205.

⁵⁷ ÖStA/AdR, AA, II-pol.1946/47, Karton 24, Bericht des österreichischen Vertreters in Frankreich an Bundesminister Gruber, 15. April 1946.

⁵⁸ Kaplan, *Dva retribuční procesy* Nr. 37, 221.

wie jene der slowakischen Bischöfe vom 1. April, und Tiso wurde am 18. April hingerichtet. Die Nachricht schlug im Vatikan wie ein Blitz ein. Man hatte zwar mit einer Verurteilung, zugleich aber mit der Gewährung der Gnade gerechnet, und ihre Ablehnung löste Empörung aus. Nach außen sickerte freilich wenig durch, lediglich der offiziöse „Osservatore Romano“ druckte einen vorsichtig formulierten Artikel, in dem Bedauern über die demütigende Behandlung eines Priesters ausgedrückt und Bedenken über mögliche psychologische Folgewirkungen angedeutet wurden⁵⁹. Hinter den Kulissen herrschte jedoch Konsternation. Franz Schwarzenberg gab im Brief an den Vorsteher der Kirchenabteilung des Außenministeriums und seinen Freund Edvard Jelen offen zu, dass am 18. April im Vatikan „ein tiefer Umschwung bewirkt wurde in der Meinung, die man sich hier über uns gebildet hatte“, und dass alle überzeugt seien, dass die Entscheidung Beneš' gegen Tiso bei den Slowaken eine sichere Abwendung „von allem, was aus ‚Prag‘ kommt“, sowie „vom Gedanken des gemeinsamen Staates“ hervorrufen werde⁶⁰. Schwarzenberg berichtete weiter, dass die Entscheidung sogar vom traditionell ausdrücklich protschechoslowakisch eingestellten ehemaligen französischen Botschafter beim Heiligen Stuhl François Charles-Roux als „une gaffe“ bezeichnet worden sei und dass kuriale Persönlichkeiten, die Beneš früher als Politiker verteidigt hätten, der sich „durch politische Voraussicht, guten Willen und Versöhnungsbereitschaft auszeichnet“, nun das Gefühl hätten, „einer Lüge überführt worden zu sein“. Schwarzenberg befürchtete, dass diese Entwicklung auch etwaige Verhandlungen über eine vertragliche Regelung der gegenseitigen Beziehungen, an der ihm sehr gelegen war, in weite Ferne gerückt hätten, da „der Vatikan nicht früher verhandeln wird, ehe er das tschechisch-slowakische Verhältnis auch vom Standpunkt des slowakischen nationalen Sentimentalismus als gelöst anerkennen wird“. Mit Bedauern stellte er fest, dass für ihn persönlich die letzten Ereignisse „den Zusammenbruch des mühsam erreichten Vertrauenskapitals“ bedeuteten⁶¹.

Am 30. Mai 1947 wurde vom Clevelander Bischof Hoban eine Seelenmesse für Jozef Tiso gefeiert. Nachdem das Prager Außenministerium von seinem Clevelander Konsulat über das bevorstehende Ereignis informiert worden war, schickte es der Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl eine eilige Depesche mit der Weisung, sofort eine Demarche an das Staatssekretariat zu richten. Der Leiter der Gesandtschaft wurde noch am 31. Mai beim Substituten Montini vorstellig und versuchte, das Verhalten des Clevelander

⁵⁹ L'Osservatore Romano, 20. April 1947.

⁶⁰ Nachlass Franz Schwarzenberg, Karton Vatikan, USA, Schreiben Schwarzenbergs an Edvard Jelen, 27. April 1947.

⁶¹ Ebenda.

Bischofs als im Widerspruch zur vatikanischen Zurückhaltung und politisch kontraproduktiv darzustellen. Der vorsichtige und feinfühligere Montini gab zu, dass der Heilige Stuhl sich „im Interesse der Beruhigung der erregten Gemüter“ bemüht hätte, „ohne Rücksicht auf ihr eigentliches moralisches Fundament“ die Causa nach Möglichkeit zu minimalisieren, und dass dem Staatssekretariat viele Vorwürfe gemacht worden seien, keine entschiedeneren Stellung genommen zu haben, er vermerkte aber zugleich, dass es „den Katholiken erlaubt ist, für das Seelenheil von jedermann zu beten“ und dass der Anlass zur genannten Pontifikalmesse nicht im Vatikan, sondern „in Tisos Hinrichtung“ zu suchen sei⁶².

DIE ZWANGSAUSSIEDLUNG DER DEUTSCHEN UND DIE KONFISKATION DES KIRCHLICHEN EIGENTUMS

Als der Krieg sich dem Ende zuneigte, sah der Papst voraus, dass es nach dem Ende der Kriegshandlungen zu repressiven Maßnahmen gegen die Bevölkerung der unterlegenen Seite kommen werde. Nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem von ihm abgelehnten Prinzip des *unconditional surrender* nahm er zu diesen Fragen bereits vor dem Mai 1945 und verstärkt noch danach Stellung, unter dem Diktat der strikten Neutralität freilich immer nur indirekt bzw. aus grundsätzlicher moralischer Perspektive. Der Papst rief die Gestalter der kommenden Friedensordnung dazu auf, „keine Ungerechtigkeit abzusegnen, keine Verletzung irgendeines Rechtes auf Kosten eines Volkes (möge es der Gruppe der Sieger oder der Besiegten oder der Neutralen angehören) zu vollziehen, keine Auferlegung oder Härte zu verewigen“⁶³. Er gab zwar zu, dass für eine bestimmte Zeit gewisse Härten zur „Reparation der Schäden des Krieges“ zugelassen werden müssten, und dass „einige Völker, deren Regierungen – oder denen teilweise selbst – die Verantwortung für den Krieg zugeschrieben wird, für einige Zeit die Härten der Sicherheitsmaßnahmen zu ertragen haben werden, solange die mit Gewalt zerrissenen Bande des gegenseitigen Vertrauens nicht allmählich wieder geknüpft sein werden“, und ermahnte auch die Besiegten, am Werk der künftigen Restauration loyal mitzuwirken. Er erinnerte aber immer wieder auch daran, dass all diese Maßnahmen die Grenzen der Gerechtigkeit nicht überschreiten dürften und dass auch den Unterlegenen „die begründete Hoffnung“ nicht verwehrt werden solle, einmal „mit denselben Rechten in die große Gemeinschaft der Völker aufgenommen zu werden“. Und er betonte ausdrücklich, dass die Ausübung der notwendigen Gerechtigkeit und

⁶² Ebenda, 28. politischer Bericht an das Außenministerium, 3. Juni 1947.

⁶³ AAS XXXVII (1945) 20f, Weihnachtsansprache vor dem Kardinalskollegium, 24. Dezember 1944.

die Bestrafung von Verbrechen voraussetzten, dass immer nur „einzelne Personen gerichtet und bestraft“ würden und niemals „kollektiv gesamte Gemeinschaften“, weil dadurch die Grundnormen, die für jedes menschliche Gericht wegweisend sein müssen, verletzt würden. In einem apostolischen Schreiben anlässlich des sechshundertjährigen Jubiläums des Hl. Johannes Nepomuk ermahnte er in diesem Sinne auch die Bischöfe und Gläubigen der Tschechoslowakei: „Die Ausübung der Gerechtigkeit möge nicht die Grenzen des Rechts und der Gerechtigkeit überschreiten [...] Mit den Schuldigen dürfen nicht auch Unschuldige bestraft werden, und wenn Schuldige bestraft werden, so soll es nicht über das rechte Maß hinaus geschehen, damit es [...] in der Strafe keine verwerfliche Gewalttätigkeit gibt.“⁶⁴ Die wiederholte Ablehnung der Kollektivschuld sowie die Appelle an Mäßigung und Gerechtigkeitssinn waren deutliche Signale, dass der Papst die im Gange befindliche Zwangsaussiedlung der deutschen Bevölkerung aus moralischen – aber im Hinblick auf die späteren für das Zusammenleben der Völker relevanten Folgewirkungen, die dem langjährigen hochrangigen Diplomaten Pacelli nur allzu bewusst waren, auch politischen – Gründen mit größter Sorge verfolgte. Und in der Ansprache an das Kardinalskollegium anlässlich seines Namenstages am 2. Juni 1947 sprach er offen das moralische Unglück des „zwangsweisen Herumirrens ganzer Volksgruppen“ an sowie die „Politik des Hasses und der Gewalt, die mit einer Bestrafung von Kriegsschuldigen gar nichts mehr zu tun hat“⁶⁵.

In den diplomatischen Verhandlungen zwischen Prag und dem Heiligen Stuhl kam das Problem der Zwangsaussiedlung als solches – so wie alle anderen nichtkirchlichen Fragen – nicht offiziell zur Sprache, auch wenn der Papst im Zuge der Behandlung der zwei konkreten Punkte, die auch die vatikanische Diplomatie beschäftigten, der Ablöse der deutschen Bischöfe und der Konfiskationen der Kirchengüter, immer wieder seine Besorgnis über ihm bekannte traurige Vorfälle und Ausschreitungen sowie über die allgemeine Schwächung des christlichen Rechtsempfindens zum Ausdruck brachte. Der vatikanische Pressedienst CIP, freilich kein offizielles Organ des Heiligen Stuhls, brachte über die Situation der deutschen Priester und Ordensleute zahlreiche Meldungen, die vom großen Interesse der Kurie und der römischen Öffentlichkeit für dieses Problem zeugten⁶⁶.

Im Jurisdiktionsbereich der böhmischen und der mährischen Kirchenprovinz gab es nur zwei Bischöfe deutscher Herkunft: den Diözesanbischof

⁶⁴ Acta Curiae Archiepiscopalis Pragensis (ACAP), 1. November 1945.

⁶⁵ ÖStA/AdR, II-pol.1947, Vatikan, Karton 48, Bericht des österreichischen Gesandten beim Heiligen Stuhl Rudolf Kohlruss an Außenminister Gruber, 3. Juni 1947.

⁶⁶ Nachlass Franz Schwarzenberg, Karton Vatikan, USA, 5. politischer Bericht Schwarzenbergs an das Außenministerium, 26. März 1946.

in Leitmeritz (Litoměřice) Alois Weber und den Prager Weihbischof Johann Remiger. Beide Würdenträger, die mit dem Staatsbürgerschaftsdekret vom 2. August 1945 ihre tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren hatten⁶⁷, wurden interniert und an der Ausübung ihrer geistlichen Funktion gehindert. Besonders tragisch war die Lage des Bischofs Weber, der tschechisch sprach, während des Krieges verfolgte tschechische Priester beschützt und nach der Wiedererrichtung der Tschechoslowakei seine Priester aufgefordert hatte, sofern sie tschechisch sprachen und die gesetzlich bestimmten Voraussetzungen erfüllten, um die Bestätigung der Staatsbürgerschaft anzusuchen. Seine Absetzung erwies sich auch aus der Perspektive des staatlichen Rechtes als problematisch, da er nicht während des Krieges von der deutschen Besatzungsmacht, sondern bereits 1931 im Einklang mit den Bestimmungen des „Modus Vivendi“ eingesetzt worden war und den Eid auf die Republik abgelegt hatte. Der Heilige Stuhl lehnte es ab, die beiden deutschen Würdenträger ohne das Vorliegen von kanonischen Gründen zu suspendieren oder zur Resignation zu zwingen, auch wenn er zu erkennen gab, dass er einen freiwilligen Rücktritt akzeptieren würde. Es war bekannt, dass Bischof Weber dazu bereit war, allerdings erst nachdem sich die Situation in seiner Diözese einigermaßen konsolidiert haben werde. Im Frühjahr 1946 war sie dramatisch: Von den insgesamt 900.000 Katholiken in der Diözese waren die meisten Deutsche, die ihre Heimatorte entweder bereits verlassen hatten oder deren Abtransport unmittelbar bevorstand, die Neusiedler, zu achtzig Prozent kommunistische Wähler, bekannten sich mehrheitlich zu keiner Religion oder praktizierten zumindest keine. Die kirchliche Administration und die Seelsorge lagen völlig darnieder, das Konsistorium existierte nicht mehr, das Kapitel bestand aus einem einzigen im Sterben liegenden Kanoniker, die deutschen Priester, sofern sie noch da waren, stießen auf Widerstand der neuen Bevölkerung und konnten ihre Funktionen vielfach nicht mehr voll erfüllen, und tschechische Priester, die ohne Schwierigkeiten auch alle Aufgaben im vom Staat übertragenen Bereich (zum Beispiel die Matrikelführung) sowie im Religionsunterricht wahrnehmen durften, gab es auf dem riesigen Territorium mit 335 Pfarrbezirken nach Angaben vom Winter 1945/46 lediglich zehn (!). Im November 1946, nach dem Abschluss der regulären Aussiedlungstransporte, resignierte Bischof Weber. Die Resignation wurde im Februar 1947 angenommen und im Herbst 1947 sein Nachfolger Štěpán Trochta nominiert⁶⁸.

⁶⁷ Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 33/1945 Sb.z.a n., 2. August 1945.

⁶⁸ Moravský zemský archiv [Mährisches Landesarchiv, Brünn] (MZA), fond E 82, Karton 3113. Vgl. Hrabovec, Vertreibung und Abschub 348; Vaško, Neumlěná 169. Zu Bischof Weber allgemein vgl. Josef Rabas, Bischof Dr. Anton Alois Weber. Der letzte deutsche Oberhirte von Leitmeritz. Ein Lebensbild (Limburg [1980]).

Der Heilige Stuhl intervenierte mehrmals zugunsten der beiden deutschen Bischöfe, um ihre Befreiung von der Zwangsaussiedlung und die Rückgabe der Staatsbürgerschaft zu bewirken. Im Falle Webers mit Erfolg: Der alte und kranke Mann durfte die letzten Jahre seines Lebens, in völliger Abgeschiedenheit und Vereinsamung in seiner alten Residenz verbringen. Anders Weihbischof Remiger, 1941 der Wunschkandidat der deutschen Behörden für das vakant gewordene, vom Heiligen Stuhl allerdings bis Kriegsende unbesetzt gelassene Budweiser Bistum⁶⁹, der die Tschechoslowakei verlassen musste.

Im Zusammenhang mit den antideutschen Maßnahmen entstand zwischen Prag und dem Heiligen Stuhl ein langwieriger Konflikt, der sich an der Durchführung des Dekretes über die Konfiskation und beschleunigte Aufteilung des landwirtschaftlichen Eigentums der Deutschen, Magyaren, Verräter und Kollaborateure entzündete. Die staatlichen Organe versuchten nämlich, das Dekret auch auf die landwirtschaftlichen Güter der Kirche, vor allem auf Ländereien von Abteien und Ordensgemeinschaften, die von Deutschen verwaltet wurden, anzuwenden. Die Kirche verteidigte entschieden den Rechtsstandpunkt, dass diese Vermögenswerte von den deutschen Ordensleuten lediglich verwaltet würden, ihr rechtmäßiger Eigentümer allerdings keine physischen Personen, sondern die katholische Kirche bzw. ihre vom staatlichen Recht anerkannten Institutionen als Rechtssubjekte seien. Sie wies darüber hinaus auf die Tatsache hin, dass das fragliche Vermögen kein einfaches Privateigentum darstelle, sondern zweckgebundenes Eigentum einer öffentlich-rechtlichen Institution, das nach der Aussiedlung der Deutschen den tschechischen Gläubigen dienen werde⁷⁰.

Der Heilige Stuhl protestierte über seine Prager Nuntiatur wiederholt gegen unrechtmäßige Beschlagnahmungen der kirchlichen landwirtschaftlichen Güter. Die Protestnoten argumentierten unter anderem damit, dass diese Vorgehensweise dem Geist des „Modus Vivendi“ widerspreche, der im Artikel 2 die Eigentumsrechte der Kirche sowie ihre Verfügungsgewalt über dieses Eigentum bestätigt habe. Die Regierung beschäftigte sich mehrmals mit der Frage der Anwendbarkeit des Konfiskationsdekretes auf kirchliches Eigentum, kam aber zu keinem definitiven Beschluss. Den um die Gunst der Massen ringenden Kommunisten lag zu sehr daran, möglichst viel Boden zur Verteilung an Neusiedler zu bekommen, und die National-Sozialisten

⁶⁹ ADSS 4, Nr. 41, 103; ADSS 7, Nr. 93, 196–198.

⁷⁰ Die auf der ersten gesamtstaatlichen Bischofskonferenz in Olmütz im November 1945 versammelten Ordinarien verfassten in diesem Sinne auch ein mit 15. November datiertes Memorandum an die Regierung, auf das allerdings niemals eine Antwort kam. Vgl. MZA, fond B-280, Karton 290; Hrabovec, Vertreibung und Abschub 356; Vaško, Neumlčena 37.

wollten ihnen in diesem für sie freilich aussichtslosen Wettbewerb um nichts nachstehen. Die Konfiskation besaß auch eine verdeckte antikirchliche Spitze als Verwirklichung von Säkularisierungsmaßnahmen, die liberale und linke Parteien, vor allem die National-Sozialisten, bereits in der Ersten Republik geplant hatten und die für die Kommunisten einen versteckten Auftakt zu ihrer lange feststehenden späteren Kirchenpolitik darstellten⁷¹. Die Beschlagnahmungen wurden daher insbesondere auf der Ebene der unteren und mittleren Verwaltung weiter fortgesetzt, bis sie im Jahre 1947 nahtlos in die Revision der ersten Bodenreform aus dem Jahre 1919 übergingen. Der entsprechende Gesetzesentwurf passierte unbeschadet aller Proteste der Nuntiatur ohne jede Mitwirkung der Kirche das Parlament und wurde am 11. Juli 1947 als Gesetz proklamiert⁷². Durch die neue legislative Norm wurde das gesamte landwirtschaftliche Eigentum im Ausmaß von über 50 Hektar in Beschlag genommen, was eine nahezu vollständige Enteignung der Kirche bedeutete, die somit ihre Schulen und sonstige Unternehmungen nicht mehr zu finanzieren imstande war. Sie gab zugleich den Auftakt zur lange vorbereiteten Schulreform, mit der nun auch in den böhmischen Ländern alle kirchlichen Schulen verstaatlicht und Einheitsschulen geschaffen werden sollten. Ritter, der im Herbst 1947 in Rom war, um den Heiligen Stuhl persönlich über die dramatische Entwicklung in der Tschechoslowakei zu informieren, kehrte mit einer Protestnote zurück, die konstatierte, dass die Durchführung der geplanten Maßnahmen den Heiligen Stuhl dazu zwingen würden, fortan den „Modus Vivendi“ als nicht mehr gültig zu betrachten⁷³. Eine Antwort auf die Note erfolgte nicht; erst im März 1948, also nach dem kommunistischen Umsturz, wurde der Nuntiatur in einer bereits unumwunden kommunistischen Rhetorik mitgeteilt, dass die Überführung der bisherigen kirchlichen Güter in die Hände der aktiven Landwirte der Kirche die Erfüllung ihrer Funktionen ermöglichen werde⁷⁴.

⁷¹ Den Bischöfen war dieser Zusammenhang klar, deshalb betonten sie in dem zitierten Memorandum vom 15. November 1945, dass „die Konfiskationsdekrete keinen Säkularisierungscharakter haben“. Zu den Protestnoten des Heiligen Stuhls vgl. Vaško, Neumlčená 164; Machula, Vatikán a Československo 145–147.

⁷² Gesetz Nr. 142/1947 Sb.z.a n.

⁷³ Nachlass Franz Schwarzenberg, Karton Vatikan, USA, 46. politischer Bericht Schwarzenbergs an das Außenministerium, 15. Oktober 1947; vgl. auch Machula, Vatikán a Československo, 163.

⁷⁴ Karel Kaplan (Hg.), *Katolická církev a pozemková reforma. Dokumenty* [Die Katholische Kirche und die Bodenreform. Dokumente] (Praha 1995) 324f.

DIE GÜLTIGKEIT DES „MODUS VIVENDI“ UND DIE FRAGE
DER DIÖZESANGRENZEN

In einer der wesentlichsten und für die Tschechoslowakei wichtigsten Bestimmungen des „Modus Vivendi“ aus dem Jahre 1928 verpflichtete sich der Heilige Stuhl, die Jurisdiktion fremder Würdenträger aus dem tschechoslowakischen Staatsgebiet zu beseitigen und die Grenzen der Diözesen den 1918/1920 gezogenen neuen Staatsgrenzen anzupassen⁷⁵. Dieses Versprechen war insbesondere für die Slowakei von großer Bedeutung, da das Land keine selbstständige Kirchenprovinz bildete und seine Diözesen durch die neue Grenzziehung zerschnitten wurden. Wegen verschiedener Unstimmigkeiten in der Auslegung des „Modus Vivendi“ und wegen mehrerer Konflikte um das 1919 unter staatlichen Sequester gestellte kirchliche Eigentum wurde erst ein Jahrzehnt später mit der Konstitution „Ad ecclesiastici regiminis incrementum“ aus dem Jahre 1937 die Neuordnung der Diözesangrenzen und die Herausnahme der Diözesen aus den ungarischen Metropolitanverbänden durchgeführt und die Errichtung einer selbstständigen slowakischen Kirchenprovinz angekündigt⁷⁶, doch wegen der nachfolgenden politischen Entwicklung und territorialen Verschiebungen infolge des Münchner Abkommens und des ersten Wiener Schiedsspruches nicht verwirklicht. Im Gegenteil, mit der (in den „Acta Apostolicae Sedis“ allerdings nicht veröffentlichten) Konstitution „Dioecesium fines“ aus dem Jahre 1939 wurde der neu geschaffene Zustand in der südlichen Slowakei auch kirchlich sanktioniert. Nach der Wiedererrichtung der Tschechoslowakei in den Vormünchner Grenzen behielten die 1938/1939 abgetrennten Gebiete vorübergehend eine selbstständige kirchliche Jurisdiktion, wodurch die Diözesanordnung in einem Chaos zu versinken drohte. Die meisten Diözesen wurden durch mehrfache Trennungen und Zusammenlegungen ihrer Teile nicht nur zweigeteilt, wie vor 1938, sondern zerfielen häufig auch in drei oder vier verschiedene Jurisdiktionsbezirke, die von verschiedenen Ordinarien oder von einem Ordinarius in verschiedenen Funktionen verwaltet wurden. Eine der ersten Sorgen, die in diesem einzigen Fall die kirchlichen Würdenträger der Slowakei mit den staatlichen Organen teilten, war die möglichst rasche Neuordnung der Diözesaneinteilung im Sinne der Rückkehr zur Konstitution „Ad ecclesiastici regiminis incrementum“. Die Angelegenheit wurde durch die leidige alte eigentumsrechtliche Frage kompliziert, da über die Kirchengüter auf den zurückgekehrten Territorien, die

⁷⁵ AAS XX (1928) Nr. 3, 65f; Úřední list republiky Československé [Amtsblatt der Tschechoslowakischen Republik] 210, 16. September 1937.

⁷⁶ AAS XXIX (1937) Nr. 11, 366–369; Úřední list republiky Československé Nr. 210, 16. September 1937.

noch der Jurisdiktion fremder Würdenträger unterstanden, die staatliche Zwangsverwaltung verhängt wurde.

Die tschechoslowakische Diplomatie ging in ihrer Argumentation davon aus, dass sowohl der „Modus Vivendi“ als auch die Konstitution „Ad ecclesiastici regiminis incrementum“ geltende Rechtsnormen seien, und forderte die rasche Durchführung ihrer Bestimmungen⁷⁷. Gleichzeitig unternahm aber die Prager Regierung Schritte, die gegen den Wortlaut oder den Geist des „Modus Vivendi“ verstießen. Symptomatisch waren dafür bereits die kurz nach Kriegsende aufgenommenen Verhandlungen über die Nachbesetzung des 1940 vakant gewordenen, vom Heiligen Stuhl aber während des Krieges bewusst unbesetzt gelassenen Prager erzbischöflichen Stuhls. Die Prager Regierung verletzte den im „Modus Vivendi“ explizit festgeschriebenen Grundsatz der Geheimhaltung und ließ die Verhandlungsinhalte und alle in Erwägung gezogenen Namen nach außen durchsickern, sie verschleppte die Antwort auf die Anfrage nach eventuellen politischen Einwänden über Monate und wies dann den Kandidaten des Heiligen Stuhls mit einer Begründung zurück, die nicht den im „Modus Vivendi“ vorgesehenen politischen Einwänden entsprach. Diese Vorgehensweise sowie die Behandlung der Frage der Kirchengüter demonstrierten, dass in den Nachkriegsregierungen starke Kräfte wirkten, die sich vor allem aus der kommunistischen, aber auch den beiden sozialistischen Parteien rekrutierten und am Fortbestand der Übereinkunft aus dem Jahre 1928 entweder gar nicht interessiert waren oder deren Revision wünschten. Lediglich in der Slowakei bzw. vereinzelt im Umkreis der tschechischen Volkspartei gab es politische Kräfte, die nicht nur die Beibehaltung des „Modus Vivendi“, sondern dessen Ausbau zu einem umfassenden konkordatsähnlichen Vertrag anstrebten, in Anbetracht der realen Situation aber keine Chancen auf Erfolg hatten. Die mehrheitlich angestrebte Revision des „Modus Vivendi“ sollte die Nominationsfrage und die Frage des kirchlichen Eigentums betreffen, also die einzigen Punkte, die auch für die Kirche vom Vorteil waren. Ihre Neuformulierung hatte dem Staat einen direkten Einfluss auf die Selektion der Würdenträger zu sichern bzw. seine Verfügungsgewalt gegenüber dem kirchlichen Eigentum zu stärken. Der Heilige Stuhl ließ dagegen von Anfang an erkennen, dass der Vertrag entweder zur Gänze oder überhaupt nicht gelten solle⁷⁸. Die Frage wurde bis 1948 nicht endgültig geklärt, wenn-

⁷⁷ In diesem Sinne äußerte sich auch der slowakische Experte für kanonisches Recht: Emil Funczik, *Prevádzanie modu vivendi* [Die Durchführung des Modus Vivendi] (Trnava 1947).

⁷⁸ Nachlass Franz Schwarzenberg, Karton Vatikan, USA, 1. politischer Bericht Schwarzenbergs an Außenminister Masaryk, 9. Februar 1946.

gleich die Noten aus Anlass des Bodenreformgesetzes bereits andeuteten, dass der Heilige Stuhl den Vertrag als *de facto* nicht mehr bindend ansah.

Noch unklarer präsentierte sich die Situation um die Konstitution „*Ad ecclesiastici regiminis incrementum*“, da nach dem kanonischen Recht eine nachfolgende Konstitution (in diesem Fall „*Dioecesium fines*“) die vorherige außer Kraft setzt, sodass selbst bei Aufrechterhaltung der Gültigkeit des „*Modus Vivendi*“ eine neue Delimitationskonstitution nötig gewesen wäre. Unbeschadet solcher rechtlicher Streitpunkte war der Heilige Stuhl freilich überzeugt, dass die Perpetuierung des chaotischen und zersplitterten Territorialzustandes der slowakischen Diözesen unhaltbar sei und allein schon die seelsorglichen Notwendigkeiten eine Anpassung an die Staatsgrenzen diktierten. Nach den traurigen Erfahrungen der mehrfachen territorialen Verschiebungen der letzten Jahrzehnte hielt man die Zeit jedoch noch nicht für reif für definitive Entscheidungen. So wurde in der Slowakei bis 1948, nicht zuletzt mit Hilfe des erprobten Mittels der apostolischen Administratoren, im Wesentlichen der *Status quo ante 1936* wiederhergestellt und die Jurisdiktion ausländischer Ordinarien beseitigt, der durch die apostolische Konstitution „*Ad ecclesiastici regiminis incrementum*“ vom September 1937 eingeführte Zustand aber nicht rekonstruiert⁷⁹. Die Neuordnung der Diözesangrenzen und die 1937 bereits unmittelbar bevorstehende Errichtung einer selbstständigen slowakischen Kirchenprovinz konnten erst 1977 verwirklicht werden.

* * *

Im Frühjahr 1946 konnte die Stellung der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei, wenn man von der Situation in der Slowakei absah und die Lage nur aus Prager Perspektive betrachtete, als relativ konsolidiert und hoffnungsvoll erscheinen. In dieser Überzeugung kam im Juni 1946 Saverio Ritter in sein geliebtes Prag. Doch rasch musste er begreifen, dass er nicht in das Land zurückgekehrt war, das er sieben Jahre zuvor verlassen hatte. Seine Tätigkeit, einst von erfolgreichen Verhandlungen gekrönt, schien sich nun im ununterbrochenen Schreiben von ohnmächtigen Protestnoten zu erschöpfen, auf die keine Antwort kam. Krank und einsam trug er schwer an der Last der Enttäuschung und Frustration ob des unaufhalt-samen Abgleitens des Landes in das kommunistische Fahrwasser. Bereits 1947 verbrachte er mehrere Monate in Italien, um dann im darauf folgenden Jahr seine Funktion faktisch gar nicht mehr auszuüben und sich vom *Chargé d'affaires* Gennaro Verolino vertreten zu lassen. Der *Spiritus movens* der tschechoslowakischen Vertretung wiederum, Geschäftsträger Schwar-

⁷⁹ Petranský, *Štát a katolícka cirkev na Slovensku* 276–289.

zenberg, zog die Konsequenzen aus dem kommunistischen Umsturz und dem Tod des Außenministers Masaryk, demissionierte und ging in die Emigration, kurze Zeit später folgte ihm der kanonische Rat Jaromír Machula⁸⁰. Der Gesandte Maixner, wenige Jahre vor der Pensionierung, zögerte mit der Entscheidung und folgte dem Ruf zur Berichterstattung nach Prag, wo er verhaftet wurde. Anfang 1949 löste ihn der Kommunist Ilja Ráth ab, dessen einzige effektive Aufgabe neben nachrichtendienstlichen Aktivitäten in der faktischen Liquidation der diplomatischen Vertretungsbehörde bestand. Im März 1949 forderte er den Heiligen Stuhl auf, Verolino als unerwünschte Person aus Prag abzurufen. Um den letzten dünnen Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen, akzeptierte der Heilige Stuhl die Forderung und beauftragte den Sekretär der Nuntiatur Ottavio de Liva mit der Weiterführung der Geschäfte. Doch auch er wurde im März 1950 aus der Tschechoslowakei ausgewiesen⁸¹. Sein designierter Nachfolger erhielt kein Einreisevisum, und die direkten Kontakte zwischen dem Heiligen Stuhl und der Tschechoslowakei wurden für anderthalb Jahrzehnte gänzlich eingefroren. Die regulären diplomatischen Beziehungen sollten indes erst nach einer vierzigjährigen Auszeit 1990 erneuert werden.

⁸⁰ Nachlass Franz Schwarzenberg, Faszikel Prag, Sekundogenitur, Dr. Franz Schwarzenberg, geb. 24. März 1913, Lebenslauf; Servizio Stampa, 11. März 1948; vgl. Machula, *Vatikán a Československo* 169; 173; 180.

⁸¹ Karel Kaplan, *Staat und Kirche in der Tschechoslowakei. Die kommunistische Kirchenpolitik in den Jahren 1948–1952* (München 1990) 115–117.